

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei: Tageblatt Riesa.
Sammel Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtsgeschäftsstelle Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1500
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 199.

Donnerstag, 27. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsunterbrechungen, Schätzungen der Höhe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Ausgaben für das Ressort des Anzeigenteiles sind bis 9 Uhr vormittags aufzubringen und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für 20 cm breite, 3 mm hohe Grundschriftzelle (6 Silben), 25 Gold-Pfennige; die 20 cm breite Kalligraphie 100 Gold-Pfennige; unterstrichene und tabellarische Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Pauschalrechnung zulässig, wenn der Bezug verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontur gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Höchste Unterhaltungsbetriebe. Pauschalrechnung zulässig, wenn der Bezug verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontur gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Höchste Unterhaltungsbetriebe. Der Bezieher einer Pauschalrechnung auf Rückerstattung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Bittrich, Riesa.

Der Wortlaut der Antwortnote Briands.

Die Aenderung des Rheinlandabkommen abgelehnt. — Der Eintritt in den Völkerbund unerlässliche Vorbedingung. — Ausschüsse an den deutschen Schiedsgerichtsvorschlägen. — Einladung zur Fortsetzung der Verhandlungen ohne Notenwechsel.

(Berlin, 26. August. Die dem Reichsaußenminister von dem französischen Vertreter am Montag überreichte französische Note zur Sicherheitsfrage lautet in Übersetzung folgendermaßen:

Indem die französische Regierung von der deutschen Note vom 20. Juli 1925 Kenntnis nimmt, stellt sie gern die Übereinstimmung der Anschaunungen zwischen den beiden Regierungen fest, die in gleicher Weise bestrebt sind, den Frieden Europas auf eine Verständigung gestützt zu sehen, die den Völkern ergänzende Sicherheitsgarantien verschafft. Die französische Regierung steht mit Genehmigung, daß die deutsche Regierung nach außen hauer Prüfung der französischen Note vom 16. Juni ihrer Übersetzung Ausdruck gibt, daß eine Einigung möglich ist.

Um dem Wunsche, die Stunde der Einigung nicht hinauszuschieben, wird sich die französische Regierung auf die Darlegung derjenigen Bemerkungen beschränken, zu denen sie in Übereinstimmung mit ihren Alliierten durch die Prüfung der drei wesentlichen Punkte der deutschen Note veranlaßt wird.

Daß sich diese Note zu gewissen, in der französischen Antwort vom 16. Juni ausgeworfenen Fragen nicht äußert, will sie anscheinend zu erkennen geben, daß die deutsche Regierung insofern keine grundlegenden Bedenken hat, und sich nur die Erörterung von Einzelpunkten vorbehält.

I.

Mit Befriedigung hat die französische Regierung festgestellt, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtigt, den Abschluss eines Sicherheitspaktes von einer Aenderung der Bestimmungen des Friedensvertrages abhängig zu machen. Jedoch lenkt die deutsche Regierung zweimal die Aufmerksamkeit darauf, daß die Möglichkeit gegeben sei, die bestehenden Verträge auf dem Wege der Vereinbarung neuer Verhältnisse anzupassen, wobei sie auch auf gewisse Bestimmungen der Völkerbundslösungen hinweist, ebenso zeigt sie den Gedanken einer Aenderung des Okkupationsregimes in den Rheinlanden an.

Frankreich ist sich bei seiner Achtung vor internationalen Verpflichtungen der Vertragsbestimmungen, auf welche die deutsche Note anspielt, durchaus bewußt und hat nicht die Absicht, sich irgend einer Bestimmung des Völkerbundslösung zu entziehen. Es erinnert aber daran, daß diese Säzung in erster Linie auf der Achtung vor den Verträgen beruht, die die Grundlagen des öffentlichen Rechtes Europas bilden, und daß sie für den Eintritt eines Staates in den Völkerbund die aufrichtige Absicht der Inanspruchnahme internationaler Verpflichtungen zur ersten Bedingung macht.

In Übereinstimmung mit ihren Alliierten ist die französische Regierung der Ansicht, daß weder der Friedensvertrag noch die Rechte, die nach diesem Vertrage Deutschland und den Alliierten zuteilen, beeinträchtigt werden dürfen, ebenso wenig wie der Vertrag dürfen auch die Garantien für seine Durchführung oder die Bestimmungen, welche die Anwendung dieser Garantien regeln und in gewissen Fällen ihre Erleichterung vorsehen, durch die in Ansicht genommenen Abmachungen geändert werden.

Wenn die Note vom 16. Juni hervorgehoben hat, daß der Sicherheitspakt „neber die Bestimmungen des Vertrags über die Besetzung des linken Rheinufers“ noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgelegten Bedingungen überbrückt, so besagt das, daß Frankreich, so sehr es auch bereit ist, die schwedischen Verhandlungen in überalem Geiste und mit friedlichen Absichten fortzuführen,

nicht auf seine Rechte verzichten kann. Um übrigens wiederholt Frankreich zu seinem Teile die bereits von den Alliierten abgegebene Erklärung, daß die Absicht habe, sich gewissenhaft an ihre Verpflichtungen zu halten.

II.

Die Alliierten sind nach wie vor überzeugt, daß die Auseinandersetzung um den Völkerbund für Deutschland, nachdem es seinen Eintritt vollzogen hat, das sicherste Mittel sein würde, um seine Wünsche zur Geltung zu bringen, wie dies andere Staaten getan haben. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist die einzige dauerhafte Grundlage einer gegenseitigen Garantie und eines europäischen Abkommen. In der Tat kann ein Staat Vorbehalte nicht von außen her zum Ausdruck bringen, da sie dadurch den Charakter von Bestimmungen annehmen würden. Erst innerhalb des Bundes kann er seine Wünsche dem Staat unterordnen, indem er von seinem Rechte Gebrauch macht, das allen dem Bunde angehörenden Staaten zusteht.

Aus diesem Grunde haben wir mit Bebauern

die Vorbehalte der deutschen Note gelesen, wonach die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund noch der Klärung bedürfte, da daß Schreiben des Völkerbundsrates vom 18. März 1925 nach Ansicht der deutschen Regierung ihre Bedenken nicht ausgeräumt hat.

Die französische Regierung ist nicht bereitigt, im Namen des Völkerbundes zu sprechen. Der Staat, der mit dem von Deutschland vorabgesehenen Vorbehalten bekannt

gemacht worden ist, hat der deutschen Regierung seine Entscheidung mitgeteilt, die sich auf den Grundbegriff der Gleichheit der Nationen stützt, einem Grundbegriff, der für keine von ihnen eine Ausnahme oder ein Vorrecht zuläßt. Die alliierten Regierungen können sich, was sie angeht, nur auf ihre früheren Erklärungen beziehen und nur wiederholen, daß nach ihrer Auffassung der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nach Maßgabe des allgemeinen Rechts die Grundlage für jede Verständigung über die Sicherheit bildet. Es ist gerade das Fehlen dieser Sicherheit, das bis jetzt die allgemeine Ausrüstung verhindert hat, die in der Völkerbundslösung vorgesehen ist, und auf die die deutsche Note anspielt.

Die deutsche Regierung hat hinsichtlich der Art und der Tragweite der Schiedsverträge, die zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien als Signatarmächte des Rheinpaktes, sowie den anderen Deutschland benachbarten Signatarmächten des Versailler Vertrages anderseits abzuschließen wären,

Vorbehalte

gemacht, die den obligatorischen Charakter dieser Schiedsverträge nach dem Muster der von Deutschland besetzten mit einzuhängen würden. Diese legten Verträge seien in allen Fällen die Anrufung einer ständigen Vergleichskommission vor, aber die schiedsgerichtliche Regelung im eigentlichen Sinne erstreckt sich, wenn sie auch auf die meisten Fälle Anwendung findet, nicht auf die wichtigsten Fälle, nämlich die politischen Fälle, also gerade diejenigen, die zum Kriege führen könnten.

Dadurch würden die im ersten deutschen Memorandum vom 9. Februar 1925 ins Auge gefassten Bedürfnisse, die den Abschluß von Schiedsverträgen zur Sicherstellung einer glücklichen Lösung der politischen sowie der rechtlichen Konflikte ins Auge soften, in bedeutsamer Weise eingeschränkt werden. Nach Ansicht der Alliierten wäre ein auf diese Weise eingeschränkter Schiedsvertrag, der sich nicht auf alle Streitigkeiten zwischen den einander benachbarten Ländern erstreckt, als Gegengewicht ohne hinreichenden Wert, da er für Kriegsgefahren Raum lassen würde.

Was wir vor allem wollen, ist daß, daß unter den in der Note vom 16. Juni angegebenen Vorbehalten jede neue Anwendung von Gewalt durch eine für alle Fälle obligatorische Regelung unmöglich gemacht ist.

Der Abschluß eines derartigen Schiedsgerichtsobligatoriums ist noch unserer Ansicht die unerlässliche Bedingung für einen Pakt, wie ihn die deutsche Regierung in ihrer Note vom 9. Februar vorgebrachten hat.

Die von der deutschen Regierung hinsichtlich der Garantierung eines Schiedsvertrages vorgebrachten Bedenken einer objektiven Prüfung nicht standzuhalten. Nach dem in Ansicht genommenen System entscheidet der Garant nicht frei und einzeitig darüber, wer der Angeklagte ist. Der Angeklagte beschuldigt sich selbst durch die bloße Tatsache, daß er anklagt sich auf eine friedliche Lösung einzustellen, zu dem Waffen greift, oder eine Verleugnung der Grenzen am Rhein oder in der entmilitarisierten Zone begeht. Es liegt auf der Hand, daß der Garant, der das größte Interesse daran hat, derartige Verleugnungen von der einen wie von der anderen Seite zu verhindern, als ersten Zweck seinen ganzen Einsatz gestellt zu machen. Im übrigen wird es nur von den einander benachbarten Nationen selbst abhängen, daß dieses Garantiesystem, das zu ihrem gegenseitigen Schutz geschaffen wird, nicht zu ihrem Nachteil in Funktion tritt. Was das System der Garantierung eines Schiedsvertrages anlangt, so geht es unmittelbar von einem Gedanken aus, der von der Völkerbundversammlung auf ihrer letzten Tagung in Genf als mit dem Geiste der Säzung übereinstimmend anerkannt worden ist.

Es erscheint nicht unmöglich, Bestimmungen zu formulieren, die das Funktionieren der Garantie (gleichviel, wer der Garant ist und gleichviel, ob sich die Garantie auf die Grenze oder auf die Schiedsgerichtsprechung bezieht) der Art der Verleugnung den Umständen des Falles und dem durch die unmittelbare Anwendung der Garantie erforderlichen Grade der Schiedsgerichtlichkeit anpassen. In diesem Sinne könnte man versuchen, ob es nicht möglich wäre, Mittel und Wege in Ansicht zu nehmen, um

die Unparteilichkeit der Entscheidungen sicherzustellen, ohne der Unmittelbarkeit und Wirksamkeit der Garantie zu schaden.

Zusammenfassend kann die französische Regierung gegenüber den drei wesentlichen Punkten der Note vom 20. Juli 1925 in Übereinstimmung mit ihren Alliierten, und ohne sich der rechtmäßigen Anwendung irgend einer Bestimmung der Völkerbundslösung entziehen zu wollen, nur ihre bewohrenden Bemerkungen über die Notwendigkeit einer gemessenhaften Achtung vor den Verträgen bestätigen. Sie ist nicht bereitigt zur Erörterung der Fragen, die sich auf die Aulösung Deutschlands zum Völkerbund beziehen, und über die sich der Völkerbundsrat ausgesprochen hat.

Endlich gibt sie sich der Hoffnung hin, daß die in Ansicht genommenen Garantien in Formeln gebracht werden können, die gerecht und vernünftig sind und zugleich

umstänliche und ungerechtfertigte Auslegungen und Anwendungen ausschließen.

Die französische Regierung ist sich in Übereinstimmung mit ihren Alliierten der Schwierigkeit und der Verzägerung bewußt, die die Fortsetzung einer Verhandlung über delicate Fragen auf dem Wege des Notenwechsels mit sich bringt. Aus diesem Grunde beschränkt sie sich unter Hinweis auf ihre Note vom 18. Juni auf die allgemeinen Bemerkungen, ohne auf ihre Einzelheiten einzugehen.

Nach diesen in Aufrichtigkeit dargelegten Ausführungen, die zur Vermeidung jeden Widerständes bestimmt sind, lädt die französische Regierung in Übereinstimmung mit ihren Alliierten die deutsche Regierung ein, auf diesen Grundsätzen in Verhandlungen einzutreten, mit dem Willen, zu einem Vertrag zu gelangen, dessen Abschluß Frankreich zu seinem Teile lebhaft wünscht.

*

(Berlin, 26. 8. Wie wir erfahren, hat der französische Vertreter die Übergabe der Antwortnote in der Sicherheitsfrage durch die beiden folgenden Erklärungen ergänzt, die durch gleichlautende Erklärungen des englischen Vertreters und des belgischen Befindens bestätigt worden sind:

1. Frankreich und seine Alliierten würden es für zweckmäßig halten, wenn die juristischen Sachverständigen der Außenministerien von Deutschland, Belgien, Frankreich und Großbritannien sobald als möglich zusammenzutreffen, um dem Vertreter des Deutschen Reiches die Möglichkeit zu geben, die Ansichten der alliierten Regierungen über die juristische und die technische Seite der zur Erörterung stehenden Fragen lernen zu lassen.

2. Nachdem diese Vorarbeit erledigt ist, könnten die Außenminister Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens eine Zusammenkunft verabreden, von der die alliierten Mächte eine Beschleunigung der endgültigen Lösung der vorliegenden Fragen erhoffen.

Alljährlicher Bericht über die Londoner Besprechungen.

(London. Der englische Bericht über die Besprechungen zwischen Churchill und Gallieni besagt: England hatte vor drei Wochen 16 Millionen £ jährlich verlangt. Gallieni vor 10 Millionen. England schlägt jetzt endgültig 12½ Millionen vor unter der einschließlichen Fassung Frankreichs für die Zahlungen und unter der Bedingung, daß Frankreich seinen Gläubigern eine entsprechende Bezahlung zuteilt werden läßt.

Gallieni hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, Churchill sei mit der Gemäßirung eines Teilmoratoriums bis 1930 einverstanden. Gallieni erklärt, er zweifelt nicht, daß schließlich ein Abkommen geschlossen werde.

Zur Befreiung der Stadt Düsseldorf.

Telegramme der Stadt Düsseldorf

an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler.

(Düsseldorf. Die Stadt Düsseldorf hat anlässlich ihrer Befreiung an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler folgendes Telegramme gerichtet:

An den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, Berlin. Das befreite rechtsrheinische Düsseldorf grüßt in dem Reichsoberhaupt das deutsche Vaterland, dem es nach langen Jahren der Absonderung und Bedrückung wieder gegeben wurde. In der Stunde der Freude gebietet es aber auch der rheinischen Freunde, die mit ihm das schwere Schicksal der Unfreiheit trugen und noch weiter tragen müssen. Nicht mit lauten Freudekundgebungen bedecken wir darum den Tag der Befreiung, sondern wir wenden uns mit dem stillen Gelöbnis unermüdlicher Wiedererfüllung, verdoppelter Anstrengung, fügeriger Treue dem Wiederaufbau unserer schwergeprüften Stadt zu. Mit dem ehrenbietigen Gruss an Ew. Exzellenz verbindet die Stadt Düsseldorf den Wunsch, ihren Ehrenbürgern recht bald auf dem betreuten Boden Düsseldorfs begrüßen zu dürfen.

Der Oberbürgermeister.

An den Herrn Reichskanzler, Berlin. Am 8. März 1921 riefen Reichspräsident und Reichsregierung der Bewohnerung der widerrechtlich besetzten Städte Düsseldorf und Duisburg zu: „Haltet aus, habt Vertrauen, die Reichsregierung wird nicht ruhen, bis fremde Gewalt vor unserem Recht weichen möh.“ Bereitwillig Jahre hat es gedauert, ehe es gelang, dem deutschen Recht zum Siege zu verhelfen.

In diesen Jahren der Absonderung und Bedrückung, trug sie für das gesamte deutsche Vaterland; gegen Gewalt und Verrat wahrte sie deutsche Würde und deutsches Recht. Wie dat Düsseldorf in diesen Jahren verloren, kehrte aber hat es sein Deutlichkeit behauptet, und auch in tieferer Rot hat die Stadt den Glauben an ihre und Deutschlands Zukunft bewahrt. Wie die die Stunde der Befreiung auch bald den anderen rheinischen Gebieten folgen, die mit uns litten. Das befreite rechtsrheinische Düsseldorf dankt der Reichsregierung am Tage der Befreiung für ihre Fürsorge und bittet sie, ihm zu helfen bei dem Wiederaufbau der schwergeprüften Stadt.

Die Amnestie in Sachsen.

Dresden. (Funkspur.) Das Gesamtministerium hat in einer Sitzung vom 26. dieses Monats im Wege der Notverordnung eine sofort in Kraft tretende Amnestie für politische Straftaten im Umfang des Reichsamtentgegesetzes vom 17. dieses Monats beschlossen; Im übrigen ist für die bei sämtlichen Gerichten anhörsig gewordene politischen Straftaten auf Grund der Landtagsentschließung vom 12. März dieses Jahres und der Landgerichtsverhandlungen vom 7. Juli bereits in weitgehendstem Maße durch Einzelverfügung Straferlass gewährt worden. Sachsen hat damit schon vor der Reichsamtentgegessetze Maßnahmen vorweg genommen, die in anderen Ländern jetzt im Wege der Gesetzgebung getroffen werden.

Vertliches und Sächsisches.

Niea, den 27. August 1925.

* Wettervorberlage für 28. August. (Mitgeteilt von der Sächsischen Landeswetterwarte Dresden.) Unbeständig. Bewölkung stark wechselnd, zeitweise Regenfälle, Temperatur wenig geändert, mäßige bis lebhafte südwestliche Winde.

* Die gesetzliche Septembermiete in Sachsen. Nachdem schon die Augustmiete eine Erhöhung erfahren hatte, muhte die gesetzliche Miete mit Wirkung vom 1. September neu erlich auf 85 Prozent der Friedensmiete erhöht werden. Diese Erhöhung stand nicht im freien Geist der Regierung, sondern war eine Folge des Finanzausgleichsgesetzes vom 10. August. (Am 15. dieses Monats im Reichsgesetzblatt erschienen.)

* Die Elbe steigt. Infolge der erheblichen Niederschläge ist der Elbstrom abermals im Stehen begriffen. Heute mittag wurde am biesigen Regel 20 Centimeter über Null gemessen. Von Dresden wird uns gemeldet, daß der Elbpiegel dort morgen Freitag vormittag die Höhe von 1,80 über Null erreichen wird, daß Freitag abends wird voraussichtlicher Höhestand von 2,25 über Null gemeldet. Der Hochwasserstand dürfte somit in Riesa etwa 2 Meter über Null betragen, sodass eine vorübergehende Ueberflutung der Kanalauen zu erwarten ist.

* Für Radfahrer! Es ist den Radfahrern künftig verboten, eine zweite Person auf ihrem Fahrrade mitzuführen. Im vorliegenden amtlichen Teile erlassen die Amtshauptmannschaft zu Großenhain sowie die Stadträte zu Großenhain und Riesa eine diesbezügliche Bekanntmachung, auf welche alle Radfahrer besonders aufmerksam gemacht und ermahnt werden, die betr. Bestimmungen genau zu beachten und durchzuführen.

* Kleinrentner und Aufwertungsfrage. Die biesigen Kleinrentner sohnen in ihrer Hauptversammlung einstimmig folgende Entschließung: "Die Hauptversammlung der Kleinrentner im Warthehaus in Riesa lehnt die Aufwertungsgefechtung als mit dem Recht und Ehre des deutschen Volkes unvereinbar rücksichtig ab. Sie fordern deshalb sämtliche Rentner und Späne Deutschlands auf, die Ketten wirtschaftlicher Verflüssigung zu brechen, trenn und fest zusammenzuheben und den Gedanken eines wohrbarten aus wirtschaftlicher Not entstandenen Volksbedrängens zu einem Sieg der gerechten Sache zu erhalten."

* Spreewaldsonderzug am 6. September 1925. Die Reichsbahnverwaltung lädt am 6. September 1925 wiederum einen Sonderzug 4. Klasse nach dem schönen Spreewald bis Burg und zurück ab Lübbenau verleihen. Abfahrt ab Riesa 4.05 vorm. Rückfahrt ab Lübbenau 7.00 nacht. Der ermäßigte Fahrpreis für die 1. und 2. Klasse beträgt 5.20 Mark. Kinder von 4-10 Jahren werden zum halben Fahrpreise befördert. Der Fahrkartenauslauf beginnt am 20. August und endet am 6. September 1925, nachm. 2 Uhr. Mit der Sonderzugsfahrt können preisermäßigte Fahrkarten für die Fahrt durch den Spreewald (große Fahrt) zum Preis von 2.10 Mark mit entnommen werden. Ferner können bei den Fahrkartenauslagen Verpflegsfächer zum verhältnismäßigen Preis von 2.75 Mark entnommen werden. Dafür erhalten Fahrtentnommene eine Tasse Morgenkaffee mit Butterklemme, Milchkaffee (Butter und Kompott) und nachmittags eine Tasse Kaffee mit einer Stück Kuchen. Jeder Wagen des Sonderzuges erhält eine Nummer, die Reisenden haben auf der Rückfahrt den gleichen Wagen wie auf der Fahrt zu benutzen.

* Anlässlich des Bisch- und Bramarktes in Borenstorf verkehrten zwischen Döbeln und Strehla Sonderzüge:

Mittwoch, den 2. September 1925.		
Ab Döbeln	7.15 vorm.	8.00 abends
Ab Strehla	8.01	8.40
Ab Strehla	8.41	9.00
Ab Döbeln	9.30	9.58
Donnerstag, den 3. September 1925.		
Ab Döbeln	8.00 abends	
Ab Strehla	8.40	
Ab Strehla	9.10	
Ab Döbeln	9.58	

* Falsche Fünf-Rentenmarktscheine. In letzter Zeit wurden wieder falsche Fünf-Rentenmarktscheine angefertigt, die ohne weiteres als falsch zu erkennen sind. Sie sind in Buchdruck und durch Zusammenkleben zweier Blätter hergestellt. Das Wasserzeichen ist auf die Innenseite eines der Blätter mit einer grau, nach rechts gelblich verlaufenden Tonplatte aufgedruckt. Die Farben fehlen. Die Schriftart ist unregelmäßig und wirkt unklar. Die Überstriche sind infolge zu reichlicher Farbgebung verschmiert. Der zweite Punkt über dem „R“ in der Zeile „Fünf Rentenmark“ ist eilig, statt rund. Das ganze Druckbild wirkt unsauber und verworren. Vor Annahme derartiger Scheine wird gewarnt. Die Herausgeber wollen man der Polizei übergeben.

* Gegen den Handel der Beamten. In der Tagespresse war kürzlich die Meldung verbreitet, daß der Reichsminister des Innern Richtlinien über die Frage des Handels von Beamten innerhalb von Reichsbehörden erlassen habe, und daß Handelsfreien innerhalb der Reichsbehörden jetzt grundätzlich verboten sei. Da auch das Handwerk an dieser Frage erheblich interessiert ist, hat sich der Reichsverband des deutschen Handwerks an den Reichsminister des Innern mit der Bitte um Zustellung über den Sachverhalt gewandt. Der Minister hat darauf mitgeteilt, daß er Richtlinien über den Handel der Beamten nicht erlassen, aber auf eine Anfrage nach der Gültigkeit des Beamtenhandels am 31. März 1925 den nachfolgenden Bescheid erteilt habe: Nach § 18 des Reichsbeamtengegesetzes ist den Reichsbeamten der Betrieb eines Gewerbes, also auch der Vertrieb von Waren an Beamte, Angehörige und

Arbeiter von Behörden, ohne vorgängige Genehmigung der obersten Reichsbehörde unterlagt. Ein allgemeines Verbot an die Beamten hinsichtlich der Überschreitung von entgeltlichen Beschäftigungen der genannten Art würde mit dem § 18 des Reichsbeamtengegesetzes im Widerspruch stehen. Derartige Fälle würden jeweils nach den Bestimmungen des Reichsbeamtengegesetzes zu behandeln sein. Den Standpunkt, den die Reichsregierung in der Frage des Warenbetrags der Beamten einnimmt, ist den Länderregierungen wiederholt bekanntgegeben worden. Von einer erneuten Bekanntgabe sehe ich ab.

* Bedarf das Halten eines Hundes der Genehmigung des Vermieters? Diese zwar meist im Mietvertrag geregelter Frage ist seit Einführung des Reichsbeamtengegesetzes sonst Gegenstand von Prozeßfällen geworden. Neuerdings ist diese Frage vom Amtsgericht und Landgericht Berlin angesehen des Hauswirts entschieden worden. Aus den Gründen verdient folgendes wiederholt zu werden: Es kann nicht zugegeben werden, daß, wie behauptet wird, nur ein Hund die einzige Sicherheit gegen Wohnungseinbrüche darstellt. Es kommt weiter überhaupt nicht darauf an, ob der Hauseigentümer des Hundes zu Unzuträglichkeiten im Hause geführt hat. Solange der Vermieter die Genehmigung nicht erzielt hat, kann er jederzeit auch ohne erst Unzuträglichkeiten abzuwarten, die Abschaffung des Hundes verlangen. Eine Genehmigung liegt aber nicht deshalb vor, weil der Hauswirt längere Zeit das Halten des Hundes geduldet hat. Der Vermieter hat damit lediglich zur Vertragsverletzung geschwiegen. Ein Bericht auf seine Rechte kann aber daraus nicht gefolgt werden.

* Fernsprechsanlagen in Neubauten. Die Nachrichten der Oberpostdirektion teilt mit: Beim Bau neuer Gebäude gilt es als selbstverständlich, daß Wasser-, Gas- und Stromleitungen zweckmäßig untergebracht werden. Sie werden meist unter Putz oder in besonderen Ausparungen des Mauerwerks geführt. Dabei wird die Führung so gewählt, daß die Leitungen die Verbrauchsstellen auf dem kürzesten Wege erreichen. Es wird dagegen selten darauf Bedacht genommen, für die Unterbringung der Fernsprechsanlagen in gleicher Weise zu sorgen. Die Drähte und Kabel nach den Fernsprechstellen müssen aus in neuen Gebäuden meist noch an den Wänden angebracht werden, die Zusammensetzung an den Außenwänden der Gebäude, wo sie dem Einfluß der Witterung preiszugeben sind, die Innenleitungen liegen oberhalb des Putzes der Wände, wo sie der Sicht, den Zugriffen Unbefugter und Vandalen ausgesetzt sind. Die Anbringung, noch mehr aber die Wiederabnahme bei Entfernung oder Verlegung von Leitungen und Mauerdurchbrüche führen Beschädigungen der Wände herbei, an denen die ausgebesserten Stellen oft stets sichtbar bleiben. Diese Nebenstände könnten beim Bau neuer Gebäude vermieden werden, wenn die baulichen Maßnahmen von vornherein auch auf die in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen ausgedehnt würden. Dies trifft namentlich zu auf Verwaltungs-, Geschäftsbauten, Fremdenhäusern usw. Auch bei Wohn- und Erwerbsbauten können in geeigneten Fällen die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. Die zweckmäßige und lösungsfreie Führung der Leitungen liegt sowohl im Interesse der Telegraphenverwaltung als der Anschlußnehmer. Bei einer nach den angegebenen Gesichtspunkten eingerichteten Fernsprechsanlage ist im übrigen Veränderungen ohne erheblichen Aufwand und deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen bei Neubauten um, zu treffen sein werden, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Bildungssohmnärr-Tagung. Der Kreis Baugen im Deutschen Nationalen Handlungsgesellschaften veranstaltet am 30. August in Wilthen eine Bildungssohmnärr-Tagung, die gleichzeitig den Aufstieg für die Arbeit in den kommenden Monaten auf dem Gebiete der beruflichen und allgemeinen Bildung bilden soll. An der Tagung nimmt neben dem Gaubildungssohmann, Herrn Bischang-Leipzig, noch ein Vertreter der Spanauer Zentrale teil.

* Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung erlassen: Die Vorrichten für die Einfuhr von Pferden aus den Oststaaten über die tschechoslowakische Landesgrenze vom 12. November 1923 werden wie folgt ergänzt: 1. Die Vorrichten werden auf Pferde aus den Randstaaten des früheren Rußland und aus Bulgarien erichtet. 2. Einsichtlich der Ursprungszugangs- und der tierärztlichen Bescheinigungen hierzu ist für Pferde aus Österreich nach den Vorschriften bestimmt, daß deshalb auch mit geringen Kosten ausführbar. Welche baulichen Maßnahmen im einzelnen fallen, richtet sich nach dem Umfang der in den Gebäuden unterzubringenden Fernsprechsanlagen. Nöhere Auskunft hierüber erteilen die zuständigen Fernsprechbeamten.

* Einfluhr von Pferden aus den Oststaaten. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat folgende Verordnung er

1924 gewährte man ihm die Befreiung nach Gruppe 6 der VO, also bereits nach vier Monaten. In der letzten Sitzung des Gemeindevorstandes beantragte er, die außerweite Belebung seines Geholdungsbeleiblers. Er wollte von seiner Militärauszeit an die Berechnung seiner Dienstjahre als im Gemeindedienst verbracht angerechnet haben. Einem beratigen Antrag lehnten die Bürgerlichen mit den Kommunalken ab, denn er hat bis 31. August 1928 am Schraubstock gearbeitet und einerlei Vorberichtigungen für den Gemeindebediensteten hinter sich. Er verzögerte sich jedoch nicht, sondern beantragte, daß man ihm doch dann wenigstens die Zeit vom 1. Januar 1919 ab als "Dienstjahr" auseigne, denn er sei doch von dieser Zeit als Gemeindevertreter. Diesem Antrag stimmten die Kommunalken zu. Es dürfte wohl bis jetzt einiges dagehen, daß man Jahre, die man als Vertreter einer politischen Partei im Gemeindeamt gebracht hat, auf die Dienstzeit als Beamter angerechnet erhält. Hier wirken aber die sonst feindlichen Brüder der KPD und der SP. Zusammen, so daß dieser Gemeindebeamter, der zwei Jahre im Amt ist, schon sechs Dienstjahre "verdient" hat. Dabei fragt die Gemeinde über schlechte Finanzverhältnisse.

Dresden. Am 1. Oktober werden es 50 Jahre, daß die frühere Gemeinde Pötzschappel ihren Kindern ein neues Schulhaus schenkt. Um ein fröhles Wiedersehen mit ehemaligen Schulfreunden zu feiern, soll der Tag des 50jährigen Bestehens der heutigen Lessingschule festlich begangen werden durch Schulfest als Fest der Kinder, durch Freiluft und durch eine Wiederehesfeier am Abend. Alle ehemaligen Lehrer, Schüler und Schülerinnen, sowie Freunde und Förderer dieser Schule werden gebeten, ihre Anschriften der Schulleitung der Lessingschule mitzuteilen, um die Einladungen für die Feiern am 9. und 10. Oktober rechtzeitig versenden zu können.

Bad Gottleuba. Am 29. August treffen die Direktoren und Inspektoren der Sächsischen Landesanstalten zusammen, um die große Heilkunst der Landesversicherungsanstalt Sachsen zu besichtigen. Abends findet im Städtischen Berggarten Begrüßungsfest statt.

Pirna. In Niedervogelsgang bei Pirna fiel der 24jährige Sohn eines dortigen Einwohners beim Spiel in einen Brunnen. Als man den Knaben herausholte, war er bereits tot.

Wachau. Unter den Schubert-Bauten (auf Rathener Glur) wurde von Touristen eine, von einem Helfer herabgestürzte Frau tot aufgefunden. Es handelt sich um die 84 Jahre alte Minna Siegisch aus Utewalde, die wahrscheinlich beim Pilzsuchen zu nahe an den Abgrund gekommen ist, absurde und den Tod fand.

Königstein. Der Führer eines dreirädrigen Transportautos verlor auf der steilen Straße von Nicksdorf her die Kontrolle über das Fahrzeug, so daß dieses in einen Holzbau fuhr, wobei sich der Wagen überschlug und stieß bei Bad Königshain in das etwa zwei Meter tiefe Bachbett klirrte. Der Führer wurde aus dem Wagen herauftgeschleudert und fiel ebenfalls mit in die Tiefe. Er wurde von dem nachkämpfenden Holze verschüttet. Der Beifahrer und ein Einwohner aus Dampoldshain waren während der Fahrt abgesprungen und kamen ohne Verletzungen davon. Der Führer wurde bewußtlos in das Krankenhaus gebracht.

Radeburg. Der 24 Jahre alte Werkzeugmacher Walter May wird seit dem 16. August dieses Jahres vermisst. Er ist am selben Tage mit einem Bekannten auf dessen Motorrad nach Radeburg gefahren, um sich das Motorradrennen anzusehen. Nach Angabe des Motorradbesitzers hat May die Achse gedreht, unter Benutzung der Eisenbahn nach Kamenz zurückzufahren. Da er aber nicht eingetroffen ist und Gründe für Selbstmord nicht vorliegen, vermutet man ein Verbrechen. Der Vermisste ist 1,78 bis 1,79 Meter groß, Gestalt kräftig, Gesicht länglich rund, Haare blond, bartlos, über dem rechten Auge eine lange Narbe, Kleidung: Ledermütze, blaues Jackett, Manschettenshirt, braune Schnürschuhe, Ledergamaschen.

Zöblitz. Schändung einer Frauenleiche in der Leichenhalle. Ein ungewöhnliches Vorlommnis schrecklichster Art, für welches vorläufig noch jede Ausklärung fehlt, bildet hier seit Montag abend das Tagesthema. Seit Juni dieses Jahres befand sich die 48jährige Gattin des Wirtschaftsbürofegers Schönbach aus dem benachbarten Altböhm aus einem schweren Unterleibskrebs im hiesigen Kadettenkrankenhaus. Am Sonnabend nachmittag verstarb die Frau, nachdem noch am Freitag der Geistliche an ihrem Krankenlager geweilt hatte und noch am selben Tage wurde die Leiche in unverkleidtem Zustande durch die städtischen Leichenträger nach der verschließbaren Leichenhalle auf dem Friedhof gebracht. Als am Freitag vormittag der Mann der Verstorbenen nach dem Friedhof kam, bot sich ihm und der Heimbürgin ein schrecklicher Anblick dar. Die Ratsenwache der Leiche war abgeschnitten, die Bänder waren ausgeschnitten, ein Oberarm und ein Unterarm wiesen lange Schnitte auf und die ganze Bauchdecke war geschnitten, so daß die Gebärmutter herausgingen. Die Behörden wurden natürlich sofort verständigt, ein Polizeikumt herbeigerufen, zahlreiche Personen sind bereits vernommen worden, doch steht man noch jetzt vor einem Rätsel über die Beweggründe zu dieser grausigen Leichenschändung. Es ist möglich, daß sie perverse Natur ist, oder die Tat eines normalen Menschen. Die verschiedenen Schnitte sollen nicht ungeschickt ausgeführt worden sein, aber doch auch nicht in der Weise, daß sie einen Fachmann verraten. Nachdem der Gerichtsachverständige Staatsrat Dr. Sauerbrey die Leiche freigegeben hatte, ist am Dienstag nachmittag die Beerdigung auf dem kleinen evangelischen Friedhof erfolgt.

Chebnitz. Die Hauptausstellung der bürgerlichen Bezirksvereine beschäftigte sich in seiner Sitzung mit der zunehmenden Un Sicherheit auf den Chemnitzer Straßen und war übereinstimmend der Ansicht, daß die vor einigen Tagen in der Presse erlassene Warnung des bürgerlichen Volksgerichtspräsidiums völlig wirkungslos geblieben sei. Man drückte nachdrücklich zum Ausdruck, daß nur wesentliche Verstärkung der Nachtpatrouillen Abhilfe schaffen könne, zu der auch die Sipo mit herangezogen werden müsse. Der Hauptauschuss beschloß förmlich, in einer energischen Eingabe an das Volksgerichtspräsidium allfällige Abhilfe zu fordern.

Zwickau. Am Montag nachmittag wollte ein 55jähriger Arbeiter kurz vor der Annahme eines Paketautos die Straße überqueren, als im gleichen Augenblick ein Personenauto das Paketauto überholen wollte und der Mann, der den Personenaufzug nicht kommen sah, wurde überfahren. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstorb.

Waldkirch. Die Textilsemerle und Kunstweber-Gesellschaft, Waldkirch i. W., hat sich infolge der Unmöglichkeit, weitere Kredite zu erhalten, veranlaßt gelehnt, sich an ihre Gläubiger wegen eines Moratoriums zu wenden. Eine Überzahlung liegt nicht vor. Nach einer Bilanzierung der 30. Juni 1925 belaufen sich die Verbindlichkeiten des Gesellschaft auf rund RM. 4 200 000, denen Betriebswerte in Höhe von rund 3 600 000 RM. sowie außerdem die große wertvolle Fabrikantlage in Waldkirch gegenüberstehen. Eine Kommission, welche im Auftrage des Aufsichtsrates eine Prüfung der Verhältnisse vorgenommen hat, ist an dem Ergebnis gekommen, daß die Aktiva der Gesellschaft so erheblich sind, daß ein Verlust für die Gläubiger nicht zu befürchten sein dürfte, und daß bei ruhiger Abwicklung auch für die Aktionäre noch mit einem unannehbaren Risiko gerechnet werden könnte. Außerdem hält diese Kommission verschiedene organisatorische und fabrikatorische Verbesserungen im Betriebe für notwendig, um die Basis für eine gesunde Entwicklung des Unternehmens

Beschlüsse der Reichsregierung zur Preisbildung.

Berlin. (Funkspruch.) Die Reichsregierung hat gestern unter Mitwirkung des Reichsbankpräsidenten hinsichtlich der allgemeinen Preisbildung einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Gegen alle Bedingungen und Abreden, die unmittelbar oder mittelbar zu einer Steigerung der Preise oder zur Aufrechterhaltung übersteigerter Preise führen und die von Kartellen, Syndikaten und gleichartigen Zusammenschlüssen oder von einschlüssigen Güterunternehmungen ausgehen, werden sämtliche Mittel des Verordnungs gegen Gebrauch wirtschaftlicher Machtmittel (Marktverordnung) in Anwendung gebracht werden und zwar auch dann, wenn diese Kartelle u. s. w. sich nur auf Teile des Reichsgebietes, z. B. nur auf einzelne Länder und Gemeinden erstrecken.

Falls die Durchführung dieser Maßnahmen zeigt, daß kein genügender Erfolg eintritt, wird die Reichsregierung den gelegebenden Körperchaften eine entsprechende Verstärkung der Kartellordnung vorstellen.

Insbesondere wird dazu eine Änderung der genannten Verordnung darin in Aussicht genommen, daß im Verkehr mit Lebensmitteln Verträge oder Beschlüsse der in Paragraph 1 der genannten Verordnung gezeigten Gefahr von jedem Beziehenden auch ohne wichtigen Grund straflos gelöscht werden können, wenn sie Verpflichtungen über die Art der Preisfestsetzung oder die Forderung von Preisen für Lebensmittel enthalten.

2. Das Reich wird mit Ländern und Gemeindeverbänden in Verbindung treten, damit bei Ergehung von öffentlichen Aufträgen die freie Konkurrenz im vollen Umfang wieder zur Geltung kommt.

Bezeichnungen, die die freie Konkurrenz bei öffentlichen Versteigerungen und öffentlichen Ausschreibungen zu beeinträchtigen geeignet sind, sollen gezielt unter Strafe gestellt werden.

3. Den gelegebenden Körperchaften wird ein Gesetz-

entwurf zur Auflösung der Geschäftsbauhütte, die mit Bekanntmachung vom 14. Dezember 1918 zur Auswendung des Konkurses eingeführt worden war, unter gleichzeitiger Abänderung der Konkursordnung vorgelegt werden.

4. Die öffentlichen Gelder des Reichs werden so bewirtschaftet werden, daß nicht nur keine Gefahr einer Steigerung der privaten Geldsätze entsteht, vielmehr der Nutzen für ihre Senkung gegeben wird. Mit den anderen öffentlichen Geldgebern, insbesondere den Ländern und Gemeinden, wird das Reich in Verbindung treten, um die gleichen Grundsätze bei der Ausleistung öffentlicher Gelder an diesen Stellen zu gewährleisten. Die Reichsregierung fordert die gesamte Bevölkerung, Probusenzen und Konsumenten, auf, im eigenen Interesse die eingetretene Gewaltaktion zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung zu unterstützen. Die Sparsamorganisationen der Wirtschaft haben bereits angezeigt, ihnen geringen Einfluß dafür einzufügen, daß die Auswirkung der Steuererhöhung, insbesondere die Erhöhung der Umlaufsteuer auf 1 Prozent in den Preisen zum Ausdruck kommt. Von den Ländern und Gemeinden erwartet die Reichsregierung weitgehende Unterstützung. Die zuständigen Ressorts werden Verhandlungen in diesem Sinne aufnehmen.

Das Reichsbankdirektorium

hat dazu folgenden Beschuß gefaßt: Das Reichsbankdirektorium ist den Maßnahmen und Absichten der Reichsregierung in der Richtung des Preisabbaus in vollem Umfang begegneten und wird der Durchführung beruhend in seinem Dienstbereich jede nur mögliche Unterstützung leisten. Insbesondere wird die Reichsbank bei ihrer Kreditpolitik auf Auswüchse der Kartelle und Preiskonventionen in einem schädlichen Maße achten und erforderlichenfalls entsprechende Maßnahmen ergreifen.

warmen Worten seinen Dank für das segensreiche Wirken im deutschen Handwerk mit herzlichen Glückwünschen ausgedrückt.

Zur Lage in der sächsischen Textilindustrie.

v. Der Verlust des Reichsarbeitsministeriums, durch sein Eingreifen die Verwirklichung des Beschlusses der sächsischen Textilindustriellen auf Ausperrung von rund zweihunderttausend Arbeitern zu verhindern, durfte vergleichsweise sein. Am Dienstag waren über hundert Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der sächsischen Textilindustrie im Reichsarbeitsministerium versammelt, ohne daß die Einigungserhandlungen, die sich bis in die späten Nachstunden andehnten, einen Erfolg hatten. Der Streitpunkt ist die Geltungsbauer der jetzigen tariflichen Lohnsätze. Der sächsische Schlichter hatte den 26. März 1926 als Absatzmin für die geltenden Vereinbarungen bestimmt. Die Arbeiter lehnten diesen Spruch ab mit der Begründung, sie könnten sich nicht auf so lange Zeit in ihren Lohnsätzen binden, weil inzwischen eine wesentliche Versteuerung der Verdienstlosen eintreten könnte. Die Arbeitgeberorganisation beantragte die Ablehnung des Schiedsgerichts mit dem Ausperrungsbeschuß. Bei den Verhandlungen am Dienstag erklärten sich die Arbeitgeber schließlich mit dem 12. März 1926 als Absatzmin einverstanden, während die Arbeiter den 31. Dezember 1926 verlangten. Da eine Einigung nicht zu erwarten war, segnete das Reichsarbeitsministerium ein Schwabegesetz ein.

Der von dem Schlichter Regierungsrat Kunze gefaßte Spruch hat folgenden Wortlaut:

"Die tariflichen Lohnsätze werden um 10 Prozent erhöht. Der neue Tarifvertrag läuft rückwirkend vom 11. Juli 1926 bis zum 5. März 1928. Spätestens bis Sonnabend, den 29. August, mittags 12 Uhr, haben beide Parteien sich über Annahme oder Ablehnung des Schiedsgerichts zu erklären."

Eine Konferenz der beteiligten Arbeitergewerkschaften wird am Freitag dieser Woche in Dresden zu dem Spruch Stellung nehmen. Wie wir bereits gehörten berichtet, ist mit einer Annahme dieses Spruchs durch die Arbeiter nicht zu rechnen, so daß die Ausperrung in Kraft treten müßte, wenn nicht in letzter Stunde die Parteien doch noch einen Weg zur Einigung finden.

Gutsbesitzer auf Marienbad.

v. Dresden. Unter dieser Überschrift gibt die in Nr. 192 vom 26. August das Memorandum des nordböhmischen Gutsbesitzervereins in der Marienbad-Angelegenheit wieder. Aus diesem Memorandum ist ersichtlich, daß die Stellung Marienbads unter Zwangsverwaltung — die überraschend vom Bodenamt durchgeführt wurde — auf Grund des Dictates des nordböhmischen Zwangsverwaltungvereins erfolgte. In dem Memorandum heißt es: "An den Ministerpräsidenten wird in Namen der tschechischen nationalen Sache und der staatlichen Autorität das Erstellen gestellt, die Beschlagnahme der Bäderbetriebe für den Staat unverzüglich vorzunehmen. Es wird erklärt, daß die weiteren Intrigen des bisherigen Eigentümers der Bäder, des Stiftes Tepl, nicht mehr gebüdet werden dürfen, welches die Bäderbetriebe in dem Geiste führt, als läge Marienbad nicht in der tschechoslowakischen Republik." Das Memorandum enthält auch einen deutlichen Hinweis auf die Angestellten der Bäderverwaltung, in dem es heißt, daß diese im Geiste des Stiftes Tepl arbeiten und daß daher ihre Verhältnisse geregt werden müssen. Was dieser Befehl mit dem Raunspahl zu bedeuten hat, wird man un schwer versteht.

Die "Sudentendische Tageszeitung" bemerkt hierzu: "Mit diesem läbigen Schachzug haben die sich überlagernden Meldungen, die in den letzten Tagen aus Marienbad kamen, nicht nur ein Ziel, sondern auch eine Erklärung gefunden. Aus dem Memorandum des Zwangsverwaltungvereins geht klar und deutlich die legitime Absicht hervor, welche der Regierung bei der Marienbader Bodenreform vor Augen stand. Zwangsverwaltung dieser angezeigten deutschen Kurorte, selbst auf die Gefahr hin, ja in der sicherer Hebung, einen der segensreichsten Weltkuren, die Hoffnung Abtausender von Kranken aus allen Weltteilen dadurch auf ein Niveau von Joachimsthal-Badibrad herabzudrücken.

Wie wir weiter erfahren, haben sowohl das Stift Tepl als auch das Marienbader Bürgermeisteramt es abgelehnt, die Verhängung der Zwangsverwaltung zur Kenntnis zu nehmen. Sogar der "Ged" — allerdings das einzige tschechische Blatt — schreibt, daß die Konfiskation nichts Gewalt wäre, die in einem Rechtsstaat niemals das Recht erliegen könnte." Die Kommentare der anderen tschechischen Blätter zeigen deutlich, daß dieses ganze Vier Jahre mit der zweckmäßigen Verwaltung der Bäder eintragen nichts zu tun hat, sondern daß es sich darum handelt, die weltberühmten Bäder, die deutsche Schönheiten sind in tschechische Hände zu bringen.

Ein Dementi des Reichsbankdirektoriums.

Berlin. (Funkspruch.) Seitens des sogenannten Reichsbankgläubigerverbandes wird in der Presse eine Note der "Reichenbacher Zeitung" vom 15. d. M. verbreitet, nach welcher ein Aufkäufer von Reichsbanknoten festgenommen worden sei, der für einen 1000 Markchein 300 Mark gezahlt habe und daß man bei seiner politischen Festnahme einen Ausweis des Reichsbanks bei ihm gefunden habe, in deren Auftrag er die Noten umgetauscht habe. Die Nachricht ist frei erfunden. Ihre Richtigstellung ist veranlaßt. Die Reichsbank hat in keinem Falle ihre Noten aufgekauft oder durch Dritte aufzukaufen lassen. Sie lehnt jede Aufwertung der alten Noten, insbesondere auch der sogenannten Kriegsnoten, nach wie vor ab und wird die darüber schwedenden Rechtsstreitigkeiten, in denen sie, wie bekannt, in erster Instanz bereits obgelegt hat, bis zur Rechtskrift weiterführen. Der Termin vor dem Kammergericht in Berlin steht im Oktober an.

Hausbesitzer und Wohnungswirtschaft.

Tagung der Haus- und Grundbesitzer Deutschlands.

Bei äußerst zahlreicher Beteiligung wurde in Marburg der Centralverbandstag der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands abgehalten. Auf der öffentlichen Hauptversammlung, die der erste Vorsitzende, Reichs- und Stadtratsmitglied Hunar (Münzen), leitete, sprach Reichstagsabgeordneter Professor Bredt (Marburg), der die Beleidigung der Röten des Haus- und Grundbesitzes als die wichtigste Wirtschaftsklage bezeichnete und deshalb den Zusammenhang sämtlicher Haus- und Grundbesitzer gegen die Röte erläuterte. Nach weiteren Begrüßungsansprachen schlußte Reichstagsabgeordneter Hörsel (Köln) in längerem Vortrag die Röte des Verbandes gegen die Wohnungswirtschaft. Der Behauptung, daß der Hausbesitzer Sachwerte darstelle, dielt er entgegen, daß diese Sachwerte dauernde Verluste brächten.

Der Reichspräsident an den Obermeister Plate.

Berlin. (Funkspruch.) Der Deutsche Handwerk und Gewerbeamtes begebt am 28. August in Bielefeld die Prüfung seines 25jährigen Bestehens, an welchem der Reichswirtschaftsminister und der Reichskommissar für das Handwerk und Kleingewerbe teilnehmen. Zugleich feiert der Obermeister Plate sein 25jähriges Jubiläum als Vorsitzender dieser Körperschaft. Wegen seiner außergewöhnlichen Verdienste um das deutsche Handwerk hat ihm der Herr Reichspräsident eine bronzenen Adler-Plakette verliehen und ihm in einem Handkreis als Reichspräsident und Ehrenobermeister des deutschen Handwerks in



Alucemas unter dem Feuer der Riffaboten.
Der Hafen von Alucemas, der der spanisch-marokkanischen Flotte vorgelagert ist, wurde von den Riffaboten mit großer Heftigkeit angegriffen. Verstärkt wurde der Sturmangriff durch Artillerie- und Maschinengewehrfeuer, so daß die Spanier Kriegsschiffe zur Hilfe anforderten, die allerdings zur Zeit noch nicht eingetroffen sind.



Schwere Bombenbrüche in Mitteldemichland.
Schwere Bombenbrüche haben besonders im Mansfelder Kreis bedeutenden Schaden angerichtet, zu dessen Besichtigung Militär aus Magdeburg herangesogen werden mußte. Unser Bild zeigt die in einen Trümmerhaufen verwandelte Friedrichstraße in Gehrden während der Aufräumarbeiten der Pioniere.

Zum Wortlaut der französischen Note.

(Von unserem Berliner Korrespondent.)

Berlin, 27. August.

Der Inhalt der französischen Antwortnote gibt schon jetzt den politischen Kreisen zu sehr lebhaften Erörterungen Anlaß, bei denen zum Teil eine sehr pessimistische Auffassung zum Ausdruck kommt. Von vornherein war aus den Regierungskreisen bestont worden, daß durch die neue Note keine besonderen Fortschritte zu verzeichnen sind und es falsch wäre, sie zur maßgebenden Abschlußfeste der künftigen Sicherheitsverhandlungen machen zu wollen. Vielmehr stellt die Note Briands im großen und ganzen nur den Abschluß des bisherigen Notenwechsels dar, wie man inzwischen eingesehen hat, irgendwelche politischen Ergebnisse nicht erzielen konnte. Die Reichsregierung wird nunmehr in kürzester Frist eine Mitteilung an die alliierten Regierungen ergehen lassen, die als Kurzsummarium der Note Briands gelten darf. In dieser Mitteilung wird die Reichsregierung die Bereitwilligkeit Deutschlands zur unverzüglichen Aufnahme direkter Verhandlungen aussprechen und an die alliierten Regierungen die Aufforderung richten, in abhängige Vorbesprechungen über den einzuholgenden Weg der Verhandlungen einzutreten. In denjenigen Kreisen, die eine optimistische Beurteilung der Lage für durchaus nicht angebracht halten, wird die Auffassung ausgesprochen, daß die französische Note keine besondere Veraulistung zu erheben bedenkt, und teilweise sogar geeignet sei, den Weg zu einer Sicherheitskonferenz zu ebnen. Die Verzögerung der Übereitung der französischen Note soll übrigens eher auf ein günstiges Moment zurückzuführen sein, wie nachträglich mitgeteilt wird, in letzter Stunde von Seiten der belgischen Regierung einige Abänderungen vorgeschlagen worden waren, die den Charakter der Note wesentlich freundlicher gestaltet haben sollen.

Über die Auffassung der Berliner Regierung werden heute von unterschiedeter Seite nähere Mitteilungen gemacht, die den ersten ungünstigen Eindruck der französischen Note wesentlich abschwächen, und die eine freundlichere Beurteilung der Sachlage aufzuheben. Danach hat das Reichskabinett die Überzeugung gewonnen, daß die alliierten Regierungen nicht abgeneigt sind, über die von deutscher Seite erhobenen Einwendungen hinsichtlich des Artikels 18 der Völkerbundserklärungen und der Schiedsgerichte zu verhandeln. Nur wollen die Entenmächer die Regelung des Artikels 18 dem Völkerbund selbst überlassen und verweisen daher auf die Kompetenz des Völkerbundes. Es kommt nunmehr darauf an, ob England und Frankreich der deutschen Regierung die direkte Zuflüchtung geben wollen, die deutsche Befürderung beim Völkerbund zu unterstützen, so daß deren Annahme von vornherein gesichert wäre. Richtig verhält es sich mit der Frage der Rückwirkungen des Sicherheitsabkommen auf den Versailler Vertrag, wo Frankreich ebenfalls den Trennungsrücktritt zwischen Sicherheitsproblem und Friedensverträgen innegehalten wissen will. Die Diskussionsmöglichkeiten sollen also in gewisser Hinsicht offen gehalten werden, so daß man in den deutschen diplomatischen Kreisen vorläufig noch keinen Auslah erledigen kann, die Situation als hoffnungslos begleichen zu wollen. In gewisser Hinsicht könnte man feststellen, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen der ersten Briandnote vom Juni und der neuen französischen Antwort besteht. Auf der anderen Seite dürfte man aber auch nicht behaupten wollen, daß der sachliche Text der Note positive Aufführungspunkte zu einem erleichterten Meinungsaustausch bietet.

Noch vorläufig noch unbefriedigende Berichten soll die Reichsregierung beabsichtigen, schon in kurzer Zeit den juristischen Sachverständigen des Auswärtigen Amtes Ministerialdirektor Gauß nach London zu entsenden, wo er die juristische Vorarbeit gemeinsam mit den Sachverständigen der englischen, französischen und belgischen Regierung zu leisten haben werde. Zu dem Plan einer Zusammenkunft der Außenminister wird neuwerdig mitgeteilt, daß eine Verordnung der Balkanconferenz auf die Außenminister die Verhandlungen nicht erleichtern, sondern nur erschweren würden. Es sei nicht recht erstaunlich, aus welchen Gründen die alliierten Regierungen vorläufig noch nicht davon wissen wollen, auch die leitenden Staatsmänner, nämlich auch die alliierten Ministerpräsidenten und den deutschen Reichskanzler Dr. Brüder zu den Verhandlungen einzuziehen. Dachten Endes könnten die Außenminister niemals das leste Wort sprechen, da sie nicht über ebenso viel Autorität verfügen, wie die verantwortlichen Kabinettsminister, die die Gesamtministerien repräsentieren. Abhängend ist schaukelnd, daß man in Deutschland die Voraussetzungen für das Zustandekommen einer Sicherheitskonferenz, an der die deutsche Regierung gleichberechtigt teilnehmen hätte, zwar noch nicht ganz gegeben sieht, doch man von der Verantwortung des Konferenzabkommen nicht mehr weit entfernt ist. Damit ist jedochverständlich noch nicht gesagt, daß die Lösung des Sicherheitsproblems absolut gesichert erscheint. Vielmehr steht man noch wie vor den ersten Schwierigkeiten, die sich erst am konsequenten Selbst ergeben werden, und um die noch sehr große Zukunft entscheiden müssen müssen.



Conrad von Höxendorf †.

In Mergentheim ist der ehemalige österreichisch-ungarische Feldmarschalladmiral von Höxendorf im 73. Lebensjahr vorläufig gestorben.

Zum Tode Conrad v. Höxendorfs.

Selt dem Zusammenbruch war Generalfeldmarschall Freiherr Conrad von Höxendorf aus dem Bereich der öffentlichen Aufmerksamkeit verschwunden und hatten sich, zeitweise sogar unter schweren materiellen Sorgen, in die Einsamkeit zurückgesogen. Nun weckt sein Tod noch einmal die Erinnerung an den Glanz der habsburgischen Monarchie, deren militärische Macht der Feldmarschall von Conrad verkörpert hat wie kaum ein anderer. General Conrad war der Typus des theoretisch durchgebildeten, politischen Generalstablers. Im Jahre 1906 wurde er zum Chef des Generalstabes für die österreichische Armee ernannt. Er hat mit klarem Blick die Bedrohung des Habsburgerbaues vom Süden und vom Südosten her erkannt und die Unzulänglichkeit der Rüstungen angesichts der politisch-geographischen Lage der Monarchie durchschaut. Seine Friedensarbeit war ein ständiger Kampf für die Besteigung der militärischen Macht und für die Ausnutzung politisch günstiger Situationen zugunsten der Monarchie. Während des Balkankriegs, besonders in den bosnischen Kriegen hat Conrad mit dem deutschen Generalstabchef von Moltke über gemeinsame Operationen im Falle des Eingreifens Rußlands verhandelt. Er hat auch von vornherein die Unzuverlässigkeit des "Dreibund-Freundes" Italien erkannt und hat sich, wie aus seinen Erinnerungen, die in breit wiedergegebenen Einzelheiten ein Bild seines Wollens geben, hervorgeht, für einen Präventivkrieg gegen Italien, z. B. während der Tripolisektion, ausgesprochen. Er brachte nicht durch und mußte seinen politischen Gegner, dem Grafen Lehrenthal, meidchen (1911). Im folgenden Jahre trat Lehrenthal zurück, und Erzherzog Franz Ferdinand sorgte dafür, daß sein Vertreter, General Conrad, wieder zum Generalstabchef berufen wurde. Während seiner Amtszeit hat er das deutsch-österreichische Zusammenspiel zu festigen verstanden, allerdings auch Deutschland mehr als es ihm zuträglich war, in das Habemasse der österreichischen Politik gebracht. Auch von der Unzuverlässigkeit Rumäniens war er überzeugt. Ueber Conrads Leistungen im Weltkrieg sind die Ansichten noch ungeläufig. Sein Doppelaufmarsch gegen Serbien und Rußland findet viele Kritiker. An der Haltung der deutschen obersten Heeresleitung hat er viel auszusagen. Man wird ihm auch nicht mit Unrecht eine allzu österreichische, den deutschen Interessen nicht Rechnung tragende und die Leistungsfähigkeit des Österreichischen Heeres trotz allem überzähligende Haltung vor. Nach seinem Rücktritt als Generalstabchef vermochte er an der Platte keine Vorbeeren als Armeekommandant zu ernten. Eine spätere Zeit wird ein endgültiges Urteil fällen können.

Hindenburg bei Ludendorff.

vdp. Berlin. Reichspräsident v. Hindenburg wird, wie volkstümliche Blätter melden, voraussichtlich am Freitag die Wandsbeker Jagdabteilung besuchen. An diesem Tage wird Hindenburg bei General Ludendorff in dessen Villa auf der Prinz-Ludwig-Höhe zu Gast sein, um einige Stunden im Kreise alter Kriegskameraden zu verbringen. Das Zusammentreffen Hindenburgs mit Ludendorff wird lediglich privaten Charakter tragen.

Brund über die französische Note.

Paris. (Kunstsprach.) Der Minister für auswärtige Angelegenheiten Briand hat gestern abend die Pressevertreter empfangen und sich über die Note geäußert. Briand teilt er mit, daß die Verzögerung in der Übereitung der Note durch einige leicht formelle Abänderungen verursacht worden sei, die die Alliierten Frankreich und besonders Belgien, erbitten hätten. Briand holt hervor, daß Frankreich in seiner Antwort bei der 8 Punkte, die es für wesentlich hält, nicht nachgebe, näm. 1. Garantiepost, 2. Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ohne Ausnahme und Verechte und 3. Unverzichtbarkeit der Verträge. Nach Briand ist es in gut wie sicher, daß nach der Völkerbundvereinigung keine Konferenz der Alliierten stattfinden werde. Das allfällige Verfahren einer Konferenz werde wahrscheinlich durch Unterthungen zwischen den Außenministern der alliierten Länder erreicht werden. Bei dieser Gelegenheit würden die Entscheidung der juristischen Sachverständigen sowie die Einmände, die Deutschland machen könnte, berücksichtigt werden.

Die Pariser Presse zur französischen Note.

Paris. (Kunstsprach.) Nach dem Mainz stellt die französische Antwortnote eine sehr häßliche aber leste Quis regung auf die von der deutschen Regierung aufgeworfenen Fragen dar.

Berlinax ist im Echo de Paris darüber erstaunt, daß die Dinge vielmehr in grohe Eile haben. Frankreich lehne alles in allem den Grundriss der deutschen Theorie ab. Nur für einige besonders flagante Verleugnungen möge Frankreich Vorbehalte. Wir sind auf die Liga von Neutralen, die, um die Dinge beim rechten Namen zu nennen, weder Verpflichtungen noch Sanktionen irgendwelcher Art kennen. Auch wenn der Sicherheitspakt nicht abgeschlossen würde, würde alles in derselben Weise verlaufen, nur mit dem Unterschied, daß uns eine größere Aktionsfreiheit bleiben würde.

Dagar findet, daß die Note kluge Heimette aufweist, sie vereinigt gleichzeitig den Wunsch nach Versicherung mit vollständiger Aufrechterhaltung der Haupgrundlage. Wer könnte nach dieser Note noch an unserem guten Willen und unserer friedfertigen Absichten zweifeln?

Homme libre schreibt, die Note Frankreichs beweist seinen guten Willen, dennoch behält sich Frankreich klar sein Recht vor bez. der Annwendung der Garantien im Rheinland, sofern sie der Verlierer Vertrag gewährt. Deutschland kann sich aber sagen, daß die facio in der Folge gewisse militärische Erleichterungen im Rheinland gewährt werden können.

Gaulois bedauert es, daß man es juristischen Sachverständigen überlassen will, Kategorien von Grenzverletzungen festzulegen, von denen die einen der Schiedsgerichtsbarkeit unterliegen sollen, während die anderen ein demaskiertes Eingreifen hervorrufen. Wenn Deutschland Frankreich gegenüber kriegerische Absichten habe, so werde kein Sicherheitspakt, sondern nur die Stärke Frankreich entscheiden.

Blätterstimmen zur französischen Antwortnote.

Berlin. Zu der französischen Antwortnote an die deutsche Note vom 20. Juli nimmt nur ein Teil der Blätter in längeren Ausführungen Stellung. Die Artikel der Reichspreß tragen stark pessimistischen Charakter. Die "Kreiszeitung" betont, die französische Note lasse so plump alle deutschen Einwendungen, Wünsche und Bedenken, die in der Note vom 20. Juli ausgedrückt sind, unberücksichtigt oder umgeht sie. Für die deutsche Regierung bilde die Verhandlungsbasis die Note vom 20. Juli, an der Deutschland unbedingt festhalte. Auch die "Deutsche Tageszeitung" unterstreicht, daß den deutschen Vorbehalten, wie sie in der Note vom 20. Juli mit Buhmierung der großen Mehrheit des Reichstags niedergelegt worden sind, durch die Note Briands in seinem Sache Rechnung getragen wird. Es sei deshalb auch völlig unrichtig, wenn die französische Note schon zu Beginn eine Überdeutlichung der Anforderungen der beiden Regierungen feststelle. Tatsächlich stehe heute noch Note gegen Note. Das "Berliner Tageblatt" sagt: Die englische Regierung hat vor einigen Tagen noch in einem ganz ungewöhnlichen Appell die deutsche öffentliche Meinung aufgefordert, die französische Antwort mit Wohlwollen zu prüfen. Auf deutscher Seite wird es an gutem Willen nicht fehlen. Aber guter Willen auf unsere Seite genügt nicht, um all die Hindernisse wegzuräumen, die diese Note noch nicht bestellt hat.

Französische Niederlagen am Libanon.

Jerusalem. Nach hartnäckigen Kämpfen mit den Drusen haben die Franzosen unter schwierigen Verhältnissen el Ghassal geräumt. Eine andere französische Abteilung wurde gewungen, eine starken Stellung bei Qasr unter schweren Verlusten einzunehmen.

Die Preissteigerungskontrolle

Nachdem die Reichsregierung mit dem Großhandel Verhandlungen über den Preisabstand geschlossen hatte, sandten laut einer Korrespondenzmeldung ähnliche Verhandlungen mit der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels statt. Die Vertreter des Einzelhandels erklärten sich dazu bereit, die Senkung der Umfangssteuer bei den Preisen für den zu beziehenden Waren zum Ausdruck zu bringen.

Der "Böhmischen Zeitung" aufgefordert findet heute im Reichswirtschaftsministerium eine Befreiung über die Tendenzbewegung und Gegenwart der Regierung statt, zu der Delegierte aller gewerkschaftlichen Richtungen und Vertreter der Beamtenbünde eingeladen sind.

Gesamtaussperrung im Baugewerbe.

Berlin. Die gestrige außerordentliche Hauptversammlung des Beton- und Eisenbau-Arbeitsverbandes für Deutschland stellte sich grundsätzlich auf den Boden der Gesamtaussperrung. Das Präsidium des Verbundes wird ermächtigt, im Unternehmen mit den beiden übrigen Bauarbeiterverbänden die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Der Reichsverband des deutschen Eisenbaus hat gestern mit überwältigender Mehrheit beschlossen, die bei ihm beschäftigten gewerblichen Arbeiter mit Tagestakt bis zum 2. September zur Unterstützung des Arbeitsampfes im Hochbau zu entlassen.

Arbeiterverbände zur Lohnbewegung im Baugewerbe.

Berlin. (Kunzpruch) Der Reichsverband der Bankstellen, der Zentralverband des deutschen Bank- und Bausparkommerzes, der Deutsche Industrie- und Handelskongress, der Reichsausschuss der deutschen Handelskammer, der Reichsverband des deutschen Handwerks, der Reichsverband der Privatversicherung, der Arbeitgeberverbände, deutsche Versicherungsunternehmungen, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Zentralverein des deutschen Großhandels, die Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände erlassen eine

Kundgebung.

In der es heißt: Die deutschen Bauarbeiterlöhne liegen schon seit längerer Zeit über dem Niedrigdurchschnitt. Sie bewegen sich zwischen 70 bis 85 Pfennig für den ungelernten und 0,80 bis 1,20 Mark für den gelehnten Arbeiter und liegen gegenüber einer Teuerungssumme von rund 140 Prozent auf der Höhe von 140 bis 180 Prozent der Vorriegslöhne. Bei Akkordarbeit werden tatsächlich Verdienste bis zu 8 Mark die Stunde und mehr erreicht. Die Löhne der Ausbildungsarbeiter und Tiefbauarbeiter liegen ausnahmslos über den Löhnen der industriellen Hilfsarbeiter und vielfach sogar über denen der industriellen Facharbeiter.

Der Index der Bauarbeiter ist um rund 40 Prozent höher als das allgemeine Preisniveau. In manchen Bezirken, so besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, haben übermäßige Lohnerschöpfungen durch den Schlichten dazu geführt, dass die Bauträgerfeste stillgelegt werden mussten. Nach Sorge der Bauauftragswirtschaft, die der Bauwirtschaft im besonderen, ist eine weitere Lohnerschöpfung unmöglich. Neue Lohnerschöpfungen bedeuten Gefahr des Insolvenzbruchs der privaten Bauwirtschaft, der 2 Millionen in der Bauwirtschaft lebende Arbeitnehmer treffen und weit über das Baugewerbe hinausgreifen würden. Lohnerschöpfungen im Baugewerbe würden sich sofort auch in Industrie, Handel und Handwerk fortsetzen und Preissteigerungen nach sich ziehen, die ihrerseits wieder neue Lohnforderungen zur Folge hätten. Die Bemühungen der Reichsregierung und der Wirtschaftsverbände, weiteren Preissteigerungen vorzubereiten und eine Preisminderung zu erreichen, würden von vornherein ergebnis- und aussichtslos sein.

Nicht darum handelt es sich, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch niedrige Löhne herabzudrücken, aber auch nicht um Erhöhung der nominalen Lohnsummen, sondern Steigerung und Verbesserung der Produktion und damit Stärkung der Wirtschaft, die der Kaufkraft von Betriebshäusern und Arbeitnehmern angemessen ist. Wer die Bauarbeiter bei Fortdauer des Streiks mit Entziehung der Bauaufträge, mit Fortsetzung der Bauten in eigener Regie oder mit Übertragung der Arbeiten an Unterkontrahenten betreibt, trägt zur weiteren Vertiefung und Verstärkung der Bauwirtschaft mit bei und schädigt die Allgemeinheit.

Die Lohnbewegung bei der Post.

Berlin. Obenso wie die Arbeitnehmer der deutschen Reichsbahnseelschaft befinden sich auch die Lohnempfänger bei der deutschen Reichspost in einer Lohnbewegung, die auf eine allgemeine Erhöhung der Löhne hinausläuft. Der bis zum 31. August gelöste Tarifvertrag ist am 31. Juli zu diesem Zeitpunkt gekündigt worden, und nachdem informatorische Verhandlungen zwischen der Reichspostverwaltung und den beiden Tarifkontrahenten der deutschen Verkehrs- post und der Postgewerkschaft stattgefunden haben, sind die offiziellen Verhandlungen über die Forderungen der Arbeitnehmer für heute Donnerstag vormittag (wie die der Eisenbahner) im Reichspostministerium anberaumt worden. Auch die Arbeitnehmer der deutschen Reichspost forderten vor allem eine Ausgleichung ihrer Löhne an diejenigen der vergleichbaren Industrien, und darüber hinaus eine Abgeltung der seit Abschluß des laufenden Tarifvertrags eingetretenen Teuerung. Da die Höhe der Lohnforderung sich erst aus den heutigen Verhandlungen ergeben wird, kann man sich im Reichspostministerium im Augenblick noch kein klares Bild über die wirtschaftliche Auswirkung der verlaufenen Lohnerschöpfung machen.

Die englisch-französischen Besprechungen.

London. Gailloux hat gestern früh mit dem französischen Außenminister über die Frage der Begleichung der französischen Kriegsschulden beraten, nachmittags hat er mit Montagu Norman und Mac Kenzie und abends mit Churchill keine Besprechungen fortgeführt. Gestern nachmittag fand unter Lord Chamberlain ein Kabinettsrat statt, der sich mit den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen zwischen Churchill und Gailloux beschäftigte. Der britische Minister Baldwin, der sich zur Kur in Aix-les-Bains aufhält, wird über die Verhandlungen stand auf dem Laufenden gehalten.

Gailloux und Gouzon.

Paris. Gouzon meldet aus London: Es beim Reichsamt, das zu Ehren Gailloux beim französischen Außenminister stattfand, nahm auch der amerikanische Botschafter in London Gouzon teil. Man sieht dieser Zusage eine gewisse Bedeutung bei und hält es für möglich, daß Gailloux die Gelegenheit dazu benötigte, um

mit dem amerikanischen Botschafter einige Berichtspunkte bezüglich der Regelung der französischen Schulden bei Amerika durchzugehen. Über den Inhalt der Unterredung fehlt dann, da es sich um eine vertrauliche Unterhaltung handelt, nicht einmal eine offizielle Aussage gemacht werden. Nach einem Londoner Telegramm des New York Herald nimmt man allgemein an, daß Botschafter Gouzon über alles, was zwischen Gallia und Goudihs zur Sprache gebracht wurde, unterrichtet wurde. Auch wurde er sicherlich gebeten, die amerikanische Position gegenüber dieser Frage zu definieren. In Anhangen Kreisen, die diese Verhandlungen verfolgen, nimmt man an, daß eine enoßisch-französische Verständigung die moralische Willigung der Vereinten Nationen findet und daß eine Art Dreiländer-Verständigung erzielt werden müßte.

Noch dem Petit Journal soll Gouzon der Presse eröffnet haben, daß das Ergebnis der Verhandlungen, wie er es im Augenblick sieht, erhebt ist, von der öffentlichen Meinung Amerikas nicht mit Befriedigung aufgenommen zu werden.

Noch dem Matin soll Gouzon Gallia erkläre haben, daß die amerikanische Schuldentommission von Frankreich jährliche Zahlungen in Höhe von 8% Prozent der Gesamtschulden Frankreichs an Amerika zu erhalten erwartet.

Internationaler Sozialistenkongress.

Marseille. In der gestrigen Sitzung des internationalen Sozialistenkongresses erklärte der belgische Minister des Innern Vandervelde, wenn er in einem kleinen Lande wie Belgien, das keine imperialistischen Absichten habe, ein Vortragende angenommen habe, so deshalb, weil man nicht von ihm verlangte, daß er seine pacifistische Überzeugung aufzeige.

Man beschäftigte sich dann mit der Streikfrage, über die der belgische Abgeordnete Brouckère berichtete. Er legte eine längere Resolution vor, in der es für notwendig erklärt wird, eine Entscheidung für die Arbeitslosen sicherzustellen. Auch müsse eine Arbeitsbörse errichtet werden, die jedoch nur den Fall von Streiks und Ausperrungen keine Arbeit nachweisen dürfe. Die Entschließung spricht sich stark gegen den Verlust aus, die Wirtschaftskrisis durch Kürzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit zu lösen.

Zur Bekämpfung deraisonale und internationale gesetzgebende und Verwaltungsmethoden müssen nationalen und internationale gesetzgebende und Verwaltungsmethoden getroffen werden. Eine Lösung des Arbeitsproblems sei unmöglich, wenn der Ein- und Auswanderung zu großen Schwierigkeiten bereitet würden. Alle diese Fragen müssen international geregelt werden, da sie sonst eine neue furchtbare Kriegsgefahr bedeuten.

Der Delegierte der Vereinten Nationen erklärte, die von dem belgischen Delegierten vorgelegte Resolution sei ungünstig. Man müsse, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen, die 44-Stundenwoche einführen und später allmählich die Lauer der Arbeitszeit noch weiter verringern.

Der englische Delegierte Toller erklärte, die englische Arbeiterschaft könne nicht verhehlen, daß die starke Arbeitslosigkeit besonders auf die Reparationsleistungen und auf das Problem der Kriegsschulden zurückzuführen sei. Es gebe 300 000 Arbeitslose im englischen Bergbau, und die Arbeitslosigkeit werde weiter auch auf die französischen und belgischen Bergwerke übergreifen. Es sei unmöglich, den Dawesplan anzunehmen, der keine endgültige Lösung darstelle.

Arbeiterkongress in Paris.

Paris. Gestern ist hier der 18. Kongress des Allgemeinen Arbeiterverbandes in Anwesenheit vieler ausländischer Delegierter, darunter für die deutschen Gewerkschaften Brätmann, eröffnet worden.

Paris. Gestern vormittag ist hier der 8. Kongress des Arbeiterverbandes kommunistischer Richtung eröffnet worden. Ein Vorschlag Monnouzeau, eine Abordnung zu dem gegenwärtig ebenfalls in Paris tagenden Kongress des Allgemeinen Arbeiterverbandes zu senden, um die Herstellung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront zu besprechen, wurde einstimmig angenommen. Der Vorschlag verlangt außerdem, daß jeder Kongress eine Kommission ernenne, die den Auftrag habe, ein Programm der gewerkschaftlichen Forderungen aufzustellen und alle die Arbeiterklasse angehörenden Fragen zu prüfen. Es wurde sofort eine Abordnung bestimmt, die den Auftrag erhielt, dem Allgemeinen Arbeiterverband die angenommenen Vorschläge zu unterbreiten.

Eine Demonstration für die deutsche Luftschiffahrt.

Berlin. Von unterrichteter Seite wird unserem Berliner Vertreter geschildert: Es hat nicht wenig Aufsehen hervorgerufen, daß, wie gemeldet, am Dienstag früh ein deutsches Luftschiff aus die fälligen Anteilssätze der deutschen Reparationsanleihe nach England gebracht hat und sie ordnungsgemäß an die Vertreter der Bank von England abgelieferte. Daselbe Flugzeug soll in nächster Zeit einen ähnlich wichtigen Auftrag ausführen und zwar handelt es sich dabei um die Sicherstellung, die von deutscher Seite für die Tarifabstimmungen bei der Bank von England hinterlegt werden müssen. Hierzu ist festzustellen, daß die Führung so wichtiger Geldtransporte durch ein deutsches Flugzeug eine deutliche Demonstration für die lebensnotwendige Bedeutung des deutschen Flugzeugbaues darstellt, der im internationalen Verkehrswesen zweifellos eine große Rolle spielen wird. Man darf hoffen und wünschen, daß die vorgängige Leistung des betreffenden Junkersflugzeuges die ganze Welt davon überzeugen wird, wie unhalbar die deutsche Luftfahrt in Anwendung bringen will.

Fünfjährige Festungsstrafe für Landessvater.

Leipzig. Gestern vormittag wurde vor dem Gerichtsstrafkassen des Reichsgerichts der Landessvaterstrafprozeß gegen den Bauschlosser Franz Hecht aus Straubing in Bayern verhandelt, der sich wegen eines Vergehens gegen § 88 I und 3 des Strafgesetzbuches zu verantworten hatte. Der Angeklagte war im Jahre 1918 zur Fremdenlegion angeworben worden. Bei Kriegsausbruch lehrte er aus berücksicht nicht zurück, obwohl er gebieter Soldat war.

Im Jahre 1918 wurden etwa 120 deutsche Fremdenlegionäre, darunter Hecht, in Konzentrationslager nach Frankreich ausführungsweise. Da dort jedoch die Verbüßung sehr schlecht war, meldete sich Hecht nach Marokko zurück. Nach Kriegsende wurde er entlassen. Da er aber keine Arbeit fand, meldete er sich im April 1920 von neuem zur Fremdenlegion zurück. Anfolge Entzündung wurde er im Jahre 1924 mit einer Rente endgültig entlassen. Im Mai d. J. wurde er wegen Hochverrats verhaftet. Hecht detestierte, daß er wohl gewußt habe, daß er als Soldat bei Kriegsausbruch nach Deutschland hätte zurückkehren müssen. Aber wäre es gewagt hätte, aus der Fremdenlegion zu entfliehen, wäre unweigerlich erschossen worden. Er selbst habe nicht gegen die eigenen Landsleute gekämpft, sondern sei gegen aufständische Einwohner verwandt worden. Im Konzentrationslager in Frankreich zu verbleiben, sei unmöglich gewesen, da die Qualen, Hunger und Entbehrungen, dort gezeigt waren als in Afrika. Deshalb habe er sich nach

Wittenburg aufgemeldet. Er habe sich nicht schuldig; er habe sich nicht öffentlich seiner Dienstpflicht entzogen; man habe ihn dazu ausgenutzt. — Der Reichsanwalt beantragte die Bekanntgabe des Anklages. Durch seine freiwillige Rückkehr im Jahre 1918 nach Marokko habe sich der Ankläger dem Landessvater schuldig gemacht. Das Gericht erkannte beide von 5 Jahren.

Severings Besuch auf Helgoland.

u. Berlin. In einem Berliner Blatt war das Gericht verbreitet worden, in den drei beteiligten preußischen Ministerien des Innern, der Finanzen und der Landwirtschaft sei die Entwidmung erfasst, daß die Autel Helgoland wegen der Seidenkrise geradum werden müsse. Die Reise des Ministers Severing nach Helgoland habe den Zweck, an Ort und Stelle zu verkünden, Helgoland solle in Zukunft nur noch Deutschen haben. Sozialistische und biologische Aukenntung seien. Amtlich wird demgegenüber festgestellt, daß diese Meldung tatsächlich nichts weiter als ein halbfertiges Gerücht ist. Minister Severing hat bereits am Montag mit dem Landrat und der Gemeindevertretung auf Helgoland und die kommunalen Zukunftsaufgaben der Insel besprochen und die Wünsche beschränkt lediglich, im Kreise der Beteiligten eine Brüderlichkeit herzustellen, durch welche Maßnahmen die kommunale Wirtschaftsstruktur der Gemeinde gefördert werden können.

Politische Tagesübersicht.

Der Reichskanzler auf Urlaub. Der Reichskanzler tritt heute einen vierwöchigen Urlaub an.

Dr. Menzel Polizeipräsident von Magdeburg. Amtlich wird mitgeteilt, daß der bisher mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle des Polizeipräsidenten in Magdeburg beauftragte Regierungsrat Dr. Menzel nunmehr zum Polizeipräsidenten ernannt worden ist.

Deutschland und die Volksbundsdtagung. Die in verschiedenen Zeitungen verbreitete Meldung, der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breithaupt werde als volksbefreiter Vertreter der deutschen Regierung der Volksbundsdtagung in Genf beitreten, ist unzutreffend. Dr. Breithaupt nimmt lediglich als Delegierter seiner Partei an dem Internationalen Sozialistenkongress in Marseille teil.

Die Arbeitslosen in England. Die Zahl der Arbeitslosen in England belief sich in der am 17. August ablaufenden Woche auf 1298 400. Sie überstieg die Zahl der vorhergehenden Woche um 26 000 und die der entsprechenden Woche des Jahres 1924 um 175 000.

Der polnische Gesandte verlässt. Der polnische Gesandte hat Berlin verlassen; während seiner Abwesenheit führt Regierungsrat Dr. Tacowski die Geschäfte der Gesandtschaft.

Von der inneren Unruhe Frankreichs. Wie Excessior zu wissen glaubt, wird Gaillaux sofort nach seiner Rückkehr aus London vom Ministerrat verlangen, daß die Bezeichnung für die neue Unruhe bis Ende September verlängert wird. Diese Verlängerung wird nicht allein durch den Bankbeamtenkreis verursacht, sondern sie hat auch den Zweck, die Bezeichnung auf dem Lande möglichst zu erleichtern, die für viele von dem Ergebnis der Ernte abhängt.

Zum Streit der Bankangestellten in Frankreich. Der Pariser Rentenlandschaft der Bankangestellten in Frankreich hat nach Kenntnisnahme des Ergebnisses der Verhandlungen mit dem Arbeitsminister eine Beratung abgehalten und mit Genehmigung, wie es in dem veröffentlichten Bericht heißt, von der leichteren Entwicklung Kenntnis genommen, die sich zeigt. Der Ausschuss versteht aber, daß die Streitenden nicht einen einzigen Augenblick an die Wiederannahme der Arbeit ohne sofortige Gehaltsaufbesserung denken können. Reichskommissar für Aus- und Einführungsbewilligung Berliner Abendblätter bringen die Nachricht, daß zum 1. Oktober der Reichskommissar für Aus- und Einführungsbewilligung in Ablösung tritt und daß mit dem gleichen Zeitpunkt die Einf- und Ausfuhrverbote bis auf einen geringen Rest aufgehoben werden. Es trifft zu, daß in Aussicht genommen ist, zahlreiche Einfuhrverbote im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Hauptteils der Zolltarifnovelle aufzuhören. Es sind jedoch über den Umfang und Termint der Aufhebung endgültige Entschlüsse noch nicht getroffen.

Außenordentlicher Parteitag des Zentrums? Wie wir hören, hat die Forderung auf sofortige Einberufung eines außenordentlichen Parteitages zur Klärung der zünftigen Zentrumsfrage, die im Anschluß an den Austritt Dr. Wirth aus der Zentrumsaktion erhoben ist, in den führenden Zentrumskreisen starken Widerhall gefunden. Es kann jedoch damit gerechnet werden, daß es noch vor dem Sammelauftakt des Reichstages zu einem außenordentlichen Zentrumsparteitag kommen wird. Die Aufgabe dieser Tagung würde allerdings darin bestehen, den Streit innerhalb des Zentrums beigelegt zu haben, bevor noch die Möglichkeit eintreite, daß es bei der neuen Tagungsperiode des Reichstages innerhalb des Zentrums kommt.

Deutsche politische Besprechungen zur außenpolitischen Lage. Wie wir erfahren, sind die in Berlin weilenden führenden Parlamentarier der Deutschen Nationalen in sehr eingehende Besprechungen über die außenpolitische Lage eingetreten. Es handelt sich dabei in der Hauptsache darum, zur gelegenen Zeit die Reichsregierung darüber zu unterrichten, welchen Weg der Beendigung der Sicherheitsfrage der Deutschen Nationalen Partei für geeignet hält, um die Position Deutschlands bei den bevorstehenden Verhandlungen zu stärken. In den Besprechungen nimmt auch der Reichsminister des Innern Schiele teil. Man vermutet, daß die Deutschen Nationalen Wähler die Reichsregierung erzwingen werden, daß an Stelle der Besprechungen der Außenminister eine Zusammenkunft der Kabinettsschefs vereinbart wird, zumal der Deutschen Nationalen viel daran liegt, daß nicht der Außenminister Dr. Stresemann, sondern der Reichskanzler Dr. Luther die Führung der Verhandlungen deutlichst übernimmt.

Beitragsbeschränkungen. Der zum Schweizer Bergwerksverein gehörige Stahlhüttenbetrieb hat beim Demobilisationskommissariat um die Erlaubnis zur Betriebsfestlegung nachgefragt. Vor der Stilllegung würden 600 Arbeitskräfte betroffen werden.

Ein Anklage gegen Balfour. Während der Sicherheitsprüfung war gestern nachmittag ein guoteliebeter Mann Biegelstein durch die Richter der Wohnung des englischen Premierministers. Er wurde sofort verhaftet. Zwischenfälle im Londoner Seemannskreis. Im Stadtteil Stepney wurde das dortige Gewerkschaftsgebäude des Seemannsverbandes von Kommunisten besetzt. Aus dem oberen Stockwerk wurden fünf Revolvergeschüsse abgegeben, wodurch ein Kommunist verwundet wurde. Daraufhin rückte ein starkes Polizeiaufgebot an, und der Seemannsverband gehörte Gewerkschaftssekretär Reed wurde verhaftet. Ein anderer Sekretär des Verbandes erklärte, die Kommunisten hätten das Leben der Gewerkschaftsbeamten bedroht; Reed habe deshalb in der Notwehr geschossen.

Wetterungen der meteor. Station 421.

(Oberrealschule Niela).

27. August 1925: 18,2 mm Niederschlag.

25 Jahre Deutscher Handwerks- und Gewerbeamtstag.

Aus Anlaß seines 25jährigen Jubiläums, welches vom 27.—29. 8. 1912 durch eine Festtagung in Görlitz begangen wird, hat der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag — die öffentlich-rechtliche Organisation der 67 deutschen Handwerks- und Gewerbeämter — eine gut ausgestattete reichhaltige

Denkchrift

über seine Tätigkeit herausgegeben, aus deren Inhalt wie folgendes mitteilen.

Sowohl der Denkschrift soll nicht sein, eine ausführliche Geschichte des Kammertages und seiner Arbeiten zu geben, sondern es sollen nur Wesen und Aufgaben des Kammertages und seiner Mitgliedsvereinigungen dargestellt und die wichtigsten Gebiete zusammengefaßt werden, auf denen sich bisher die Arbeit des Kammertages vollzogen hat. In der Tat stellt die Denkschrift auch keineswegs nur einen nüchternen Tätigkeitsbericht dar. Sie gibt vielmehr ein anschauliches Bild, wie die durch das sogenannte Handwerksgesetz von 1897 geschaffenen Handwerkskammern über die reine Verwaltungstätigkeit einer regionalen Berufsvertretung hinaus durch den Zusammenschluß im Kammertag sich eine Vereinigung für das Reichsgesetz geschaffen haben, die sich unbestritten zum Kernpunkt der allgemeinen Handwerksbewegung entwidmet hat. Unter ständiger Erweiterung seines Tätigkeitsgebietes ist der Kammertag organisch zu seiner heutigen Bedeutung herangewachsen.

Mit die Gebiete der technischen und kulturellen Handwerksförderung, auf denen der Kammertag seiner Natur nach nicht unmittelbar tätig sein konnte, wurden eine Reihe von Einrichtungen geschaffen bzw. unterstützt, die mit dem Kammertag in enger Verbindung stehen. Es sind dies hauptsächlich das Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Handwerkspolitik in Hannover, das Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk zu Karlsruhe und die Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkstücher in Hannover. Vorwiegend den Bemühungen des Kammertages verdankt auch der Reichsverband des deutschen Handwerks, bei dem Jahre 1912 als Zusammenschluß sämtlicher Handwerksorganisationen errichtet wurde, sein Bestehen. Die beiden Körperchaften — Kammertag und Reichsverband — unterhalten eine gemeinsame Geschäftsstelle in Hannover, wo der Kammertag seit seiner Gründung im Jahre 1900 ständig seinen Sitz hat.

Die vorstehend aufgezeigte Entwicklung des Kammertags spiegelt sich in den einzelnen Abschnitten der Denkschrift. Nachdem eingangs die lange Entwicklungssreihe dargestellt ist, die von der Nationalversammlung von 1848 bis zum Erlass der Handwerkernovelle vom 26. Juli 1897 führte, werden Wesen und Zweck des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages und seiner inneren Organisation geschildert. Die Darstellung der einzelnen Sachgebiete beginnt mit dem Kapitel über Gemeindepolitik und Gewerberecht. Die Arbeiten auf diesem Gebiete sind gewidmet der Ausgestaltung der gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen für die Entwicklung des Handwerks als Berufsbund.

Ein besonderer Abschnitt ist dem hierzu gehörenden sogenannten kleinen Besichtigungsraum gewidmet, der durch die Novelle zur Reichsgerichtsordnung vom Jahre 1908 eingeführt wurde und die Berechtigung zur Lehrerleistung abhängig macht von der Ablegung der Meisterprüfung. Aus den Ausführungen der Denkschrift über das Praktikums- und Unterrichtswesen im Handwerk ergibt sich, welch großer Wert das Handwerk von jenseit allgemein auf die gründliche Ausbildung seiner Berufsausübung gelegt hat. Da dank dieser Erziehungsbereitheit es dem Handwerk gelungen ist, seinen Umfang zu behaupten, zeigt ein Blick in die der Denkschrift beigegebene Statistik, die auch sonst geeignet ist, die noch vielfach zu beobachtende Unterschätzung des Handwerks durch eine bessere Erkenntnis seiner Bedeutung als Berufsbund zu erlösen.

Dabei hat der Kammertag rechtzeitig erkannt, daß der Schwerpunkt des Programms der modernen Handwerksbewegung im Laufe der Entwicklung sich mehr und mehr auf das wirtschaftliche Gebiet verschob. Die Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik, des Steuerwesens, der wirtschaftlichen Organisation und des Verbindungsweises erfähren daher auch eine eingeschneide Behandlung. Praktisch-wirtschaftliche Arbeiten des Kammertages erforderten die besonderen Verhältnisse der Kriegs- und Übergangswirtschaft und die Maßnahmen zur Sicherung der Rohstoffversorgung des Handwerks.

Das letzte große Kapitel über die Tätigkeit des Kammertags behandelt die Arbeiten in Fragen der Sozialpolitik und der Sozialversicherung, worin zum Ausdruck kommt, daß das Handwerk bestrebt gewesen ist, das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern trotz starker entgegengesetzter Tendenzen zu einer Berufsbundsgemeinschaft zu formen. Am Schlusse der Denkschrift werden die Gründungsgefechte und die Tätigkeit der oben genannten Institute und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks behandelt.

Sächsische Genossenschaftswoche.

Am Montag eröffnete Oberregierungsrat Dr. Ansch, Dresden, die Vortragsreihe durch seinen Vortrag über den historischen Aufbau des Genossenschaftswesens.

Die ersten Kennzeichen gemeinsamer Gauigkeit sind die Gründungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haft um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, welche Gründungen reinen Fürsorgecharakter trugen. Durch das Genossenschaftsgesetz von 1889 wird die Entwicklung der Baugenossenschaften stark gefördert, so daß 1925 die deutschen Baugenossenschaften die stattliche Zahl von 3710 aufweisen konnten. Im Laufe der Jahre hat es sich gezeigt, daß die Baugenossenschaften die gegebenen Träger des Kleinwohnungsbaues sind. Sie übernahmen es, dem schon vor dem Kriege bestehenden Mangel an Kleinwohnungen abzuhelfen. Sie führten eine Überwachung ihrer Wohnungen durch, welche die hohen Erfordernisse in den Vordergrund stellte. Bei der Vermietung wurden minderwertige Familien bevorzugt berücksichtigt. Für das Wohnungsbauamt wurden die Selbstkosten der Baugenossenschaften zugrunde gelegt, wie überhaupt von vornherein das spekulativen Moment ausgeschaltet worden ist. Die umfassende Arbeit der Verwaltung wird zum größten Teil ehrenamtlich geleistet. Die historische Entwicklung des Kleinwohnungsbaus lädt erkennen, daß die Arbeit der gemeinnützigen Baugenossenschaften auch für die Zukunft, besonders aber für die Bekämpfung der Wohnungsknot, Gelingen hat.

Am Nachmittag versammelten sich die Teilnehmer zu mehrstündiger Ausprache, in der über die historische Gestaltung und Entwicklung des sächsischen Baugenossenschaftswesens weitere Einzelheiten erörtert wurden. Die Ausprache wandte sich dann Gegenwarts- und Zukunftsfragen zu und behandelte dabei eingehend die Frage der Arbeitsgemeinschaft innerhalb gleichgesetzter Unternehmungen an einem Ort und die Einigung zentraler Stellen in bezug auf Bauplanungen. — Der Abend vereinte die Teilnehmer zu einem Ausflug nach den Loschwitzer Höfen.

Am Dienstag folgte der zweite Vortrag, gehalten von dem Baugenossenschafts-Geschäftsführer Ernster in Görlitz, Bezirk Chemnitz, über den wirtschaftlichen Aufbau der Baugenossenschaften.

Wie bei jedem Unternehmen, so auch bei den Baugenossenschaften die Kapitalbeschaffung und -bildung eine der wichtigsten Fragen. In Form der Geschäftsanstelle, der Spareinlagen und den gesetzlichen Reserven haben die Baugenossenschaften auf diesem Gebiete Vorblühen geleistet. So stand das erforderliche Eigenkapital immer zur Verfügung. Die organische Zusammenarbeit von Vorstand, Ausschäftsrat und Generalversammlung gibt die Gewähr solider Geschäftsführung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Baugenossenschaften.

An dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Ausprache an, die im besonderen die Gebiete des Erbbaurechts, der Nutzlegerleistungen und sonstigen Kosten behandelte. Im Hintergrund stand des weiteren die Frage der stärkeren Organisierung des Eigenkapitals durch hohe Anteile und gute Organisation des Sparbetriebes. Interessant war die Untersuchung über Gegenüberstellung des Eigentums zum Genossenschaftsheim. — Gegen Abend besuchten die Teilnehmer das Beispiel von Hugo v. Hoffmannsthal im Burghof zu Meißen.

Das „befreite“ Elsass.

Bekanntlich gehört Frankreich ebenso wie Italien und die übrigen Groß-Staaten zu jenen Austerwöhnen, die sich nicht auf den Minderheitsenschutzparagrafen der Friedensverträge verpflichten mußten und so die ihnen neu angegliederten fremdländischen Gebiete nach Belieben und ohne jede Faschi, deshalb jemals vor das Tribunal des Volkerbundes gestellt zu werden, vergewaltigen und entnationalisieren dürfen. Den ausgiebigsten Gebrauch von dieser Freiheit hat, wie man weiß, das französische Italien gemacht, aber auch „la France“ bleibt nicht sehr weit hinter dem Seebiel der südlicheren italienischen Schweiz zurück. Wie die Südtiroler von der Italienschen, so wissen heute die deutschen Elsäßer von der französischen Okkupation ihr nicht eben schönes Bild zu fingen, wenn auch gewiß in mancher Hinsicht die ehemaligen deutschen Reichslande mehr Bewegungsfreiheit genießen als das vollkommen gefesselte „Oberelsaß“. Vor allem erlaubt man dort, wenigen vorläufig, noch immer ein offenes Wort, während in Italien die Politik des Mannes, fürces ihre Orgeln feiert. Die einzige südtirolische Zeitung, die es wagen darf, die Verhältnisse im Land so zu schildern wie sie wirklich sind, erscheint in — — Nordtirol.

Davon abgesehen aber sind die Unterschiede nicht gerade sehr bedeutend. Auch im Elsass existiert heute keine einzige deutsche Schule mehr und erst in allerjüngster Zeit hat man sogar den deutschsprachigen Religionsunterricht sowohl in den katholischen wie auch in den protestantischen Schulanstalten verboten. Die Kinder verstehen — so motiviert der Schulinspektor seine Verordnung — nun genügend französisch, damit man „an ihren Herzen dringen können“. Hier kommt es also letzten Endes darauf an, den deutschen Mann durch den französischen Dienst zu verbringen und so dem großen Assimilationsprozeß“ die Krone aufzulegen.

Nach außen sieht Frankreich sein Vorgehen mit der Behauptung so rechtlerisch, es sei der bringende Wunsch der Elsäßer selbst möglich bald die alte Seele des „natürlichen“ Vaterlandes wiederzufinden und es wäre kaum einen Ernst zu nehmenden Mann in den „reannexierten“ Provinzen, der sich aus Überzeugung der Assimilation widerstehen würde. Pro domo aber spricht man zumeist in ganz anderen Tonen. Die kleinen französischen Lokalblätter, deren Stimme im Ausland nicht gehört wird, verborgen ihr Wissen um die tatsächliche Lage nicht so angstlich und nehmen sich in ihrem Kampfe gegen die elsißischen „Pangermanen“ kein Blatt vor den Mund.

Wenn aber auch die Elsäßer keineswegs die Franzosen hassen, für die sie das offizielle Frankreich gerne ablegen möchten, so wäre es doch grundsätzlich sie ist offene oder auch nur für heimliche deutsche Freudensteine zu halten. Eine verschwindend kleine Minderheit vielleicht ausgenommen, sieht sich der Elsäßer von heute durchaus nicht noch den Zuständen vor dem Kriege. Das er will, ist nicht die Rückkehr ins Deutsche Reich, sondern die Autonomie, er ist nicht Irredentist, sondern Separatist und das zwar nach Osten genau ebenso wie nach Westen. „Des Alcaciens veulent être eux eux“ (Die Elsäßer wollen bei sich selbst sein.) Auch die radikalsten deutsch geschriebenen Zeitungen, die mit äußerster Entschiedenheit für die Sprachfreiheit in Schule und öffentlichem Verkehr eintraten, stehen durchaus auf diesem separatischen Standpunkt und wonn keiner Grund zur Unnahme, daß es sich hier etwa bloß um opportunistische Konstellation an den französischen Machthabern handle. Der Elsäßer denkt sozialistisch schwäizerisch. Sein nationaler Geistkreis oder richtig der Umkreis seines nationalen Wollens reicht kaum über die Grenzen der engeren Heimat hinaus. Er ist Particularist bis ins Mark und spricht mit Vorliebe von der „elsässischen Seele“ und von der „elsässischen Mission“, unter der er sich je nach Bildungsgrad und Bildweite eine übernationale oder internationale Ausgabe vorstellen mag.

Für uns andere Deutsche, die wir über ein umfassenderes Nationalgefühl verfügen, mögen solche Einsichten gewiß schmerlich sein, aber es wäre ein fruchtloser, ja geradezu schädlicher Illusionsmus, ihnen gegenüber die Augen zu verschließen. Freilich macht die interne Minderheitspolitik, die Frankreich heute in Elsass und in Lothringen treibt, dort sehr viel böses Blut und die Enttäuschung über die „Befreier“ scheint eine sehr allgemeine zu sein. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht hat die französische Herrschaft dem Lande den Niedergang gebracht. Die Grenzen nach Über sind derzeit abgebrochen, der Elsäßer zahlt durchschnittlich 50 Prozent mehr Steuern als der Deutschenlands. Die Erholung des gesamten Verwaltungssystems hat entschieden abgenommen, und so ist auch die einstige Hochachtung eines Teiles der Bevölkerung vor dem berühmten und viel gepriesenen „genie latin“ erheblich zurückgegangen. Das alles könnte vielleicht doch einmal in dem bis zur Stunde zwischen zwei Nationen indifferenten und ihr schwulenden Elsäßer das deutsche Volksgelüb zu Erwachen bringen.

Die deutschen Schulen in Bessarabien.

Um 29. Juli d. J. hat der rumänische Ministerrat beschlossen, die deutschen Schulen in Bessarabien als konfessionelle Schulen mit öffentlichen Recht anzusehen und Schulgebäude, sowie Lehrerwohnungen als Eigentum des evangelisch-deutschen Kirchengemeinden zu belassen. Obwohl der Geltungsbereich dieser Verordnung augenscheinlich noch nicht fest umrisst ist, da die Anzahl der als deutsche und konfessionell zu betrachtenden Schulanstalten erst durch eine Kommission bestimmt werden soll, ist mit ihr doch eine überaus schwere Sorge von der deutschen Bevölkerung Bessarabiens genommen. Wie immer auch der endgültige Beschuß der Kommissionen aufstellen mag, soviel darf man doch hoffen, schon als sicher anzunehmen, daß die wichtigsten Volksschulen in den höheren Gemeinden des Landes der deutschen Kultur erhalten bleiben werden. Die wackeren Deutschen Bessarabiens haben einen harten und sogenannten Kampf hinter sich. Nach allen Schrecken des Krieges und der bolschewistischen Revolution, die sie, als damals russische Untertanen, grautam zu fühlen befanden, verloren sie, nachdem das Land dem vergessenen Romäniens erobert wurde, ihr deutsches Schulwesen wieder aufzurichten. Sie ließen dabei aber auf den härtesten Wider-

stand der romänischen Regierung, die im Interesse der Romanisierung, den durch die Verbündeten geschaffenen Stand aufrecht zu erhalten trachtete. Man lehrte die deutschen Lehrer ab und betraute mit dem Unterricht Roma, die nicht nur kein Wort deutsch verstanden und so unzählig waren, sich mit den Kindern zu verständigen, sondern auch zum Teil die nötige Bildung vermiesen ließen. Der neue Beschuß des Ministerates ist wohl in erster Linie als Dank für das staatsfreie und aufrichtige Verhalten der deutschen Bevölkerung gelegentlich des bolshewistischen Aufstandes von Tatarbunar im Herbst des Vorjahrs aufzufassen, darüber hinaus aber kommt ihm zweitens auch die Bedeutung eines im jähren Kampf um die Erhaltung des angestammten Volkstums errungenen Erfolges zu, und dieser Erfolg wird ansehnlich wirken, nicht nur auf die übrigen deutschen Städte Rumäniens selbst, sondern ebenso auf die in den anderen neu geschaffenen oder vergrößerten Staaten um ihre Kulturgüter schwierig ringenden deutschen Minderheiten.

Das Denkmal „Deutscher Wein“ in Coblenz.



Das Denkmal „Deutscher Wein“, welches die Vereinigte Weingutsbesitzer in m. m. v. H. Coblenz, als ihr Ausstellungsgesetz in dem Ehrenhof der Reichsabteilung „Deutscher Wein“ Coblenz errichtet ließ, wurde am 22. Juli 1925 von der Ausstellungsgesetz angenommen und am 5. August 1925 am Preisetag infolge eines Einspruchs der Coblenzer Zentrumspartei nachträglich zurückgewiesen. Es ist, wie bereits bekannt, ein Werk des jungen hoffnungsvollen Münchener Bildhauers Josef Henkelmann und von hervorragenden plastischen Qualität. Ein mächtiger und vierzigjähriger Bild trägt auf Konturen, die Putten mit Sprudelbändern bekleben, vier rohige Weinfässer. Ein kräftiger, bariger, reifer Mann, Weinbauer, mit dem Lichte entgegenlaufend, ein langer, frischer Bart mit dem Scheit im Auge, als wolle er eben einen leden Streich ansetzen, eine milde, schöne, leichtliche Jungefrau, ist ein wenig schön und herb, und ein in den Hülle feurlicher Weinbrunnen, lachendes Weib — das sind die Charaktere des deutschen Weines; des schweren, heimlichen Männerweins vom Rhein, des farbirenden, zur Ausgelassenheit lodenden jungen Weines, des Brauenende des lieblichen, duftigen, feinen, zarten Weißweins und des übermütigen, sprudelnden Schrammweins. Die vier Seiten des Blocks, voll Rhythmus und Rhythmik, erfüllt von Gleisbach und Konturwirkung, die Idee und Stoff, Ausdruck und Form in genialer Weise umschlingen und zum Kunsterfolg halten — sie bildet das prachtvolle Weindenkmal, das als Ausstellungsgesetz der Vereinigten Weingutsbesitzer, Coblenz, den Ehrenhof der Reichsabteilung „Deutscher Wein“ in Coblenz schmücken wird. Der künstlerische Schöpfer dieser monumentalen Verherrlichung des deutschen Weines ist Josef Henkelmann, ein junger Münchener Bildhauer. Er hat mit seinem Werk bewiesen, daß er berufen ist, das Schöne auf dem Felde der Plastik zu leisten.

Turnen, Sport, Spiel, Wandern.

Bezirkslinderturnfest

am 30. August in Boberfeld.

Immer näher rückt die Zeit, wo wir in Boberfeld das 1. Bezirkslinderturnfest abhalten werden. Es ist also dieses Mal nicht nur allein ein Kampf für Jugendturner und Mitglieder, nein, hier sollen sich unsere Kleinen im Kampfe messen. Wer werden die Jugendturner und Mitglieder der näheren Umgebung von Boberfeld das Fest nicht gern gleichzeitig vorübergehen lassen, nein, auch diese müssen ihre Kräfte in einem volkstümlichen Dreikampf und in den verschiedenen Einkämpfen am Sonntag. Das Haupt an diesem Tage werden aber doch unsere Kleinen, die sich schon so lange auf diese Kämpfe vorbereitet haben, bilden. Haben wir sie nicht schon zu den Kreismeisterschaftskämpfen so mutig und mit Begeisterung voran vor den anderen Turnern durch die Straßen Boberfelds ziehen sehen? Mit so einem Willen und so einem Geist werden sie auch am 30. August auf dem Gelände mittags 1 Uhr in Boberfeld teilnehmen. Dieser wird die kleinen Kämpfer auf die prächtigen Edelweisen, die sich hinter dem schattigen Rittergutsarten weit ausdehnen, führen. Dort werden sie ihre Kräfte bei den Kreis- und den volkstümlichen Lebungen, wie Weitsprung, Tauziehen und Pfaffenwettlauf, aufzuhellen. Das Fest verspricht, wenn es der Wettergott erlaubt, ein sehr prächtiges zu werden und es mag für den deutschen Turner die Parole sein: „Auf mit unseren Kleinen zum Bezirkslinderturnfest am 30. August nach Boberfeld! — Gut Heil!

Die Öffner von Schmarren bis Warnemünde durchschwommen.

Kommrich aus Hohwisch (Rügen) Der Dauerchwimmer Kommrich aus Hohwisch ist heute nach unweit der Weltmeile am Warnemünder Strand angelommen. Er hat die 60 Kilometer lange Strecke von Gehmarn in 22 Stunden zurückgelegt.

Lezte Funkspur-Meldungen und Telegramme

vom 27. August 1925.

Gehler vertritt Butber.

Berlin. (Funkspruch.) Die Vertretung des Reichs-kanzlers während seines Urlaubs, hat, wie wir erfahren, Reichswehrminister Dr. Gehler übernommen.

Stresemann in Hamburg.

Hamburg. (Funkspruch.) Wie verlautet, trifft Reichsaußenminister Dr. Stresemann heute an kurzem Aufenthalt in Hamburg ein. Er wird diesen Aufenthalt benutzen, um mit den Führern der Deutschen Volkspartei vertrauliche Rücksprache zu nehmen.

Staatsbegräbnis für Feldmarschall Conrad von Höhendorf.

Mergentheim. (Funkspruch.) Nach einer Mitzelung des Bundeskanzleramtes in Wien übernimmt der österreichische Staat die Leitung und Beisetzung des Marschalls als Staatsbegräbnis.

Augcord.

Karlsruhe. (Funkspruch.) Das Junfersflugzeug D 579 der Badischen Luftverkehrsgeellschaft, Pilot Klett, stellte gestern einen neuen Geschwindigkeitsrekord auf, indem es die Strecke Karlsruhe-Stuttgart in 14 Minuten zurücklegte, was einer Stundengeschwindigkeit von 257 Kilometern entspricht.

Zwei Bahnarbeiter tödlich überfahren.

Karlsruhe. (Funkspruch.) Gestern nachmittag wurden im blassen Rangierbahnhof zwei Streckenarbeiter, als sie mit dem Ansteuern von Schienenschrauben beschäftigt waren, von einem rasanten Güterwagen erfasst. Einer der beiden Arbeiter wurde sofort getötet, der andere, der lebensgefährliche Verlegerungen davontrug, starb bald darauf im Krankenhaus.

Gasientragödie.

Nordhausen. (Funkspruch.) Im benachbarten Uthleben ereignete sich gestern mittag ein traurisches Familienkatastrophen. Der Landwirt Kurin, der mit seinen Schwiegereltern und seiner Frau seit längerer Zeit in Zwischenleben lebt, erschoss nach kurzem Wortwechsel seinen Schwiegervater, den Landwirt Hermann Jungs. Mit einem 2. Schuß brachte der Vater seiner Frau eine schwere Bauchverletzung bei. Der Mörder tötete sich darauf durch einen Schuß in die Schläfe.

Tenner in einer Schuhfabrik.

Cleve. (Funkspruch.) Durch Kurzschluß entstand in einer Schuhfabrik Tenner, wodurch das ganze Schuhlager mit 6000 Paar Schuhen verbrannte. Auch die Gebäude weisen großen Schaden auf.

Eine englische Quittsliste wird den Balkan besuchen.

Bukarest. Kapitän Tokram und Oberleutnant Park, zwei Delegierte der englischen Quittsliste, sind aus London gestern in Bukarest eingetroffen. Die Flieger werden sich hier einige Tage aufzuhalten und mit den Kreisen der rumänischen Quittschaft in Verbindung treten. Geplant ist ein großer Besuch englischer Flugzeuge auf dem Balkan. Die beiden Herren werden von Bukarest aus sich weiter nach Belgrad und Athen begeben.

Abrücks-Perriots.

London. (Funkspruch.) Perriots ist heute vormittag nach Paris abgereist. Er erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Reuterischen Büros, er sei über das Ergebnis seines Besuches sehr erfreut. Nach seiner Ankunft in Paris würde er noch heute abend in einer Sitzung des französischen Kabinetts über seine Verhandlungen mit Churchill eingehender Bericht erstatten.

Schweres Unwetter in Japan.

Tokio. (Funkspruch.) Durch heftige Regensäule wurden gestern in Tokio 40 000 Häuser und in Yokohama 1 000 Häuser unter Wasser gesetzt. Mehrere Personen kamen in den Fluten um.

Drohende Arbeitslosigkeit im amerikanischen Kohlenbezirk.

Washington. (Funkspruch.) In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß es unmöglich sein wird, die Arbeitslosigkeit in den Anthrazit-Kohlenbezirken am 1. September abzumindern.

Deutschlands Teilnahme an der Weltausstellung in Philadelphia.

Es wurde kürzlich in Amerika bekannt, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Vereinigung der Groß- und der Kleinindustrie eine Beteiligung an der "Centennial International Exposition", welche in Philadelphia im nächsten Jahre ähnlich der Überhahndhunderter Feier des Erlasses der Unabhängigkeitserklärung stattfindet, abgelehnt hätten, weil die finanzielle Lage von Handel und Wandel im Reiche eine verzweifelte wäre und die Zeit zu kurz sei, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Es scheint nun aber diese Ablehnung doch nicht endgültig zu sein. Seitens der Deutschen Botschaft in Washington werden energische Versuche gemacht, eine angemessene Vertretung Deutschlands dort noch herbeizuführen. Botschafter von Walzen hat in günstigster Stunde nach Berlin berichtet. Auch der Handelsattaché des deutschen General-Konsulates in New York, Herr Dr. von Bueling, hat bei einem Besuch

in Philadelphia und bei der Ausstellungsbörse die Notwendigkeit einer Beteiligung seitens des Reichs erkannt.

Von Seiten der Vertreter deutscher Firmen ist eine besondere Einladung an das Auswärtige Amt in Berlin gerichtet worden, um das Reich zu einer Ausstellung zu veranlassen. Sie sind überzeugt davon, daß der deutsche Export nach den Vereinigten Staaten eine sehr bedeutende Einheit erzielen wird, sollte das Deutsche Reich die Ausstellung nicht besichtigen. Auch in deutsch-amerikanischen Kreisen glaubt man, es wäre eine verfehlte Geschäftspolitik, sich in ein Mauseloch zu verkriechen, wenn einmal die Abschüsse sich nicht günstig stellen. Man sollte sich den amerikanischen Geschäftsmann zum Vorbild nehmen, der mehr wie je anstrengt, wenn die Auslastung des Publikums nachläßt. Wollte die deutsche Industrie auf die Reklame verzichten, welche ihr eine Beteiligung der Weltausstellung in Philadelphia im nächsten Jahre gewährt, so würde sie der verlierende Teil sein. Es wäre Vorheit, zu erklären, die Zeit sei zu kurz, um ein imposantes deutsches Ausstellungsgebäude aufzuführen, die nötigen Arrangements zu machen und eine genügende Anzahl von Firmen dafür zu interessieren.

Es sei richtig, daß Holländer und hohe einheimische Produktionen den deutschen Waren auf dem amerikanischen Markt nicht geringen Abbruch geben haben, aber für Qualität und für länderlich ausgetüpfte Artikel sei in Amerika immer noch großer Absatz zu finden, ganz abgesehen von Maschinen, in deren Konstruktion auf einigen Gebieten Deutschland den Vereinigten Staaten überlegen sei.

Man fürchtet auch, daß es dem Reich falsch gedeutet werden könnte, wollte es am 15. Geburtstag der alten Republik der Neuzeit nicht den Anteil nehmen, den das historisch wichtige Ereignis verdient. Es wäre vielleicht, erklärt ein mit einschlägigen Verhältnissen vertrauter Amerikaner, bisweilen gute Politik, den armen Mann zu spielen, namentlich wenn man dadurch eine Herabsetzung von Forderungen zu erzielen hofft, in diesem Falle aber würde sich die deutsche Industrie ins eigene Heim holen, wollte sie sich selbst einer glänzenden Gelegenheit zur Gewinnung neuer Kunden und Erlangung von Aufträgen beraubten, um der Welt weisz zu machen, daß sie an den Betriebshof gebracht worden ist.

Man zweift darüber immer noch keine richtige Verteilung von der finanziellen Lage Deutschlands zu haben. Allerdings handelt es sich in diesem Falle wohl um produktive Ausgaben, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in moralischer Beziehung.

Bermischtes.

Tödlicher Unfall. Bei dem gestrigen Fliegerunglück in Tropont, wo ein Caproni-Flugzeug beim Start wegen der schlechten Witterung auf dem Flugplatz von Milos umkippte, wurde ein Moniteur getötet, der an Bord befandt war und ein anderer Moniteur wurde schwer verletzt.

Tödlicher Wandverunfall. Der "Volksanzeiger" meldet aus Hannover: Bei einer Wandverunfall des Reiterregiments 13 versuchte eine Patrouille, bestehend aus einem Unteroffizier und zwei Mann, die Wehr bei durchschwimmen. Ein Reiter glitt in der Mitte des Stroms vom Pferde und verlor aufgrund eines Verlustes an der Kette, den Ertrinkenden zu retten. Die Kette des Verunglücks konnte noch nicht geborgen werden.

Vom Blinde erschlagen. Bei einem über Hammorn niedergangenen Gewitter wurden zwei Männer und zwei Frauen, die mit Kartoffelausheben beschäftigt waren, vom Blinde erschlagen. Das Gewitter richtete auch schweren Schaden an Gebäuden an.

Gingerichtet. Aus Altenstein wird gemeldet: Der Arbeiter Franz Walusch, der Nördler des Reiterjäger-Regiments Bohl (Mothwald), ist gestern früh hier gingerichtet worden. Kuhrebidmiede in Neukirchen (Ort Mörs). Unter den Bewohnern der Alten Kolonie ist eine Ruherepidemie ausgebrochen. Zehn Personen müssen ins Krankenhaus gebracht werden; ein Kind ist der Krankheit bereits erlegen. Die Seuche droht, erneut Charakter anzunehmen. Die Polizei hat Vorkehrungen getroffen, um ein Umschlagszenen der Seuche nach Möglichkeit zu verhindern.

Rettung vermisster Touristen. Die acht in einer Höhle in den Julischen Alpen eingeschlossenen Touristen sind gerettet worden.

Entdeckung von Eisbären. Den "Annals der Naturforschung" aufgezeigt sind in den Südtiroler Dolomiten riesige Eisbären und ein unterirdischer See von 160 Meter Durchmesser entdeckt worden.

Sturz eines Flugzeuges in den Kanal. Nach einer Meldung aus London ist das englische Militärflugzeug D H. 9 einige Kilometer von Deal entstellt in den Kanal gestürzt. Die beiden Insassen sind getötet. "D — ein Mohr im Bett!" Auch ein Beitrag zur schwarzen Gefahr kommt da so dieser Tage ein Partner Ehepaar reisende von der Sommerreise heim, um die wohltige Aufzüge ihrer Bettwäsche auszuführen. Und als sie das gemeinsame Schlafzimmer betreten — liegt da friedlich und ein Bild der Zufriedenheit, ein riesiges Mohr zwischen den weichen Dänen des haushaltlichen Bettes und auf dem Stuhl neben dem Bett sinden sich die legten Reste eines ehemaligen Nachtmahl's. Die sofort alarmierte Polizei findet nichts mehr vor, denn der Mohr hat die dunkle Farbung seiner Haut infolge praktisch verwertet, als er spurlos in der nicht minder dünnen Nacht verschwunden ist. Es bedurfte genauer Nachforschungen der Kriminalpolizei, bis

das Mittel gelöst war. Bambu, der sowohl ein ganz brauchbarer Chauffeur war, hatte nebenbei ein Teekesselchen mit der Tasse des Vortags, und da er an dem frischen Alkohol zu sich genommen hatte, so blieb er gleich in der Wohnung und in dem Bett, das ihm schon auch früher der ältere Lehrer bezogen hatte. Nebenbei verzehrte er auch noch einige Gegenstände, die nicht ganz nice, und nügeln waren, gingen einen irischen Weg.

Was an der Prohibition verdient wird. In dem sonst nicht sehr bedeutenden amerikanischen Bezirk Gunahoga an der kanadischen Grenze befassen sich nach einer Gerichtsstatistik 3000 Menschen mit Alkohol-Schmuggel. Insgesamt sind in dem Schmuggel-Geschäft 150 Millionen Dollars ausgelegt, auf die im vorherigen Jahr 60 Millionen Gewinne ausgeschüttet wurden, sodass auf jeden Beteiligten 20 Millionen entfielen. Am Ende eines Jahres wurden 84 000 Fälle von Alkoholschmuggel abgeurteilt, was den Rechtsanwälten und Richterinnen insgesamt 1 274 000 Dollars einbrachte. Ein einziger Rechtsanwalt, der sich für die Prohibition verteidigt, besonders spezialisiert hat, verdiente im Laufe der letzten drei Jahre 120 000 Dollars.

Handel und Volkswirtschaft.

An der Berliner Börse unterlag das Effettengeschäft am Mittwoch großen Schwankungen, wenn auch im allgemeinen die Kurze sich behaupten konnten. Der Geschäftsvorleiter im ganzen war nur gering. Am Markt der inländischen Anleihen eröffnete die vorzeitige Reichsanleihe mit 0,170, ging dann auf 0,167 zurück und schloß mit 0,172. Schreibmaschinen blieben die Kurie gut erhalten. Eisenbahnaktien lagen sehr still. Schiffsaktien mussten um 1 bis 2 Prozent nachgeben. Am Montanmarkt wurden die verhältnismäßig geringfügigen Verluste, die die führenden Werte, wie Böckeler, Mannesmann, Rheinstahl, Phoenix usw. anfangs erlitten, zum Schluß wieder ausgeglichen. Handwerte machten sich leichte Abweichungen gefallen lassen. Das Geschäft in Elektroalitätswerten war sehr gering, ebenso hatten die Aktien der Maschinenfabriken nur geringe Umläufe. Der Satz für tägliches Geld blieb bei 7½ bis 8 Prozent, der Privatdiskont fiel mit 7,00 Prozent für kurz und 7,75 Prozent für lange Fristen auf seinem leichten Stand. Am Dienstmarkt konnten der polnische Gold in betracht der guten politischen Entwicklung etwas ansteigen. — An der Produktionsbörse war das Geschäft in Petroleum wiederum stemmig geringfügig. Von Weizen und Roggen lagen zahlreiche Angebote aus dem Innlande und Auslande vor, jedoch laufen die Währungen nur wenig, da der Weizelabbau kostet. Hafer und Gerste hatten nur geringen Umsatz.

Der amerikanische Botschafter in Berlin besucht die Leipziger Herbstmesse. Wie das Leipziger Postamt mitteilt, hat der amerikanische Botschafter in Berlin, Herr Schurman, seine Teilnahme an dem anlässlich der Leipziger Herbstmesse am 8. September in Leipzig stattfindenden Amerika-Tag ausgelagert.

Steinkohlenfunde bei Wien. In der Gegend von Bruck an der Leitha, etwa 80 Kilometer von Wien, soll ein ausgedehntes Steinkohlenfeld erbohrt worden sein. Im Frühjahr 1926 sollen dort Steinkohlenhöhlen eröffnet werden.

Die Breslauer Herbstmesse und polnische Besucher. Wie von mahnenden Stellen Polens berichtet wird, besteht trotz der wirtschaftlichen Differenzen zwischen Deutschland und Polen dort ein reges Interesse für die am 8.-9. September stattfindende Breslauer Herbstmesse. Das Auswärtige Amt hat in Betracht dessen die deutschen Auslandsbehörden erlaubt, einen den polnischen Besuchern nach den Bestimmungen des Erlasses vom 6. August auf erzielendes Messeschwervermerk auf Wunsch mit der Gültigkeitsdauer von drei Wochen zu versehen. Die polnische Regierung bewilligt ihrerseits Kaufmannsspitze für die Dauer von 9 bis 20 Tagen, für ein Preis von 8,- Groszy zu entrichten.

Wettkämpfe.

Amtliche Notierungen der Produktions-Börse zu Chemnitz vom 26. August, nachm. 8 Uhr. Stimmung: bestätigt. Weizen, 74 kg 285 — 246, Roggen, Bierger, 70 kg 180—190, do. niederbayer. preuß., 71 kg 190—200, Sommergerste 250—290, Wintergerste 190—205, Hafer 200—280, Mais 210—260, Weizenmehl 70%, 41,00, Roggenmehl 60%, 32,50, Weizenkleie 12,50, Roggenkleie 18,50, Weizenflocke, neu 11,00, Kleie, —, Getreide-Stroh, lose —, do. gepreßt 4,50. Die Preise verfehlten sich bei Getreide in Ladungen von 200 bis 800 Br., bei Mehl in Mengen unter 100 Br., bei Getreide und Stroh ladungswise franco Chemnitz in Goldmark.

Amtlich festgestellte Preise an der Produktionsbörse zu Berlin am 26. August, Getreide und Getreideprozent pro 1000 kg, sonst pro 100 kg. (Am Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.) Weizen, neuer 217 — 220, pommerisch —, Roggen, mährisch 165—172, mecklenburg, 160—165, pommerisch 165—168, Gerste, Buttergerste —, n. Wintergerste 181—185, Hafer, mährisch 167—175, pommerisch 160—167, westpreuß., —, Mais, loes Berlin —, Waggons frei Hamburg 214—218, Weizenmehl 30,75—33,75, Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto infl. 24,25—25,75, Weizenkleie, frei Berlin 18,00, Roggenkleie, frei Berlin 12,60, Raps 855—880, Weizenflocke 28—38, Weine Speise-Öl —, Butterdiele 21,00—23,00, Getreide —, Äderböhnen —, Bütten 26—29, Lupinen, blonde 12,50—14,00, gelbe 12,50—14,00, Serradelle alte —, neue —, Rapstullen 16,10—16,30, Feinsuchen 22,80—23, Trockenfutter 12,00—12,80, Echte-Ehre 21,80, Körnemelasse 80,70 9,50, Kartoffelfutter 21.

IV.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 1. Sep-

tember 1925 in Kraft. Großenhain und Riesa, am 26. August 1925.

Die Klimahandelsanstalt zu Großenhain.

Der Stadtrat zu Riesa.

Der Stadtrat zu Riesa.

Freitag, den 28. August, mittag 12 Uhr, soll im Gasthof zu Gobis ein Missionsautomat versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Riesa.

Sonntagnachmittag, den 29. August, norm. 11 Uhr, soll im Amtsgericht Riesa 1 neue Nähmaschine versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher.

2-3 leere oder möbl. Zimmer

Nähe Bahnb., oder Mitte Gröba sofort gesucht.

Offerteren an Bahnhoft. Buchhandlung Gobis.

Gutmöbl. Zimmer 1. 9. in norm. Zeitung 1. 1. 1.

Möbl. Zimmer zu verm. Carolstrasse 12, 1.

R. gebr. Herrenrad auch pass. 1. Schulnoten verl. 2. Winters. Fahrradhandlung Gobis.

2-3 leere oder möbl. Zimmer

Nähe Bahnb., oder Mitte Gröba sofort gesucht.

Offerteren an Bahnhoft. Buchhandlung Gobis.

Gutmöbl. Zimmer 1. 9. in norm. Zeitung 1. 1. 1.

Möbl. Zimmer zu verm. Carolstrasse 12, 1.

R. gebr. Herrenrad auch pass. 1. Schulnoten verl. 2. Winters. Fahrradhandlung Gobis.

2-3 leere oder möbl. Zimmer

Nähe Bahnb., oder Mitte Gröba sofort gesucht.

Offerteren an Bahnhoft. Buchhandlung Gobis.

Gutmöbl. Zimmer 1. 9. in norm. Zeitung 1. 1. 1.

Möbl. Zimmer zu verm. Carolstrasse 12, 1.

R. gebr. Herrenrad auch pass. 1. Schulnoten verl. 2. Winters. Fahrradhandlung Gobis.

Wir suchen für 1. Oktober für einen jung. Mann

Die Altersversicherung der Selbständigen in Österreich.

Neuerungen des Ministers für soziale Verwaltung
Dr. Reich.

Gelegentlich der Besprechungen über die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeitnehmer regte sich auch das Interesse der selbständigen Erwerbenden nach einer Sozialversicherung, und auf eine im Ausschuss für soziale Verwaltung vom Abgeordneten Partitz gehaltene Anfrage erwiderte der Bundesminister für soziale Verwaltung, daß ein solcher Gesetzentwurf in Ausarbeitung begriffen sei, und noch im laufenden Jahre zur Begutachtung vorgelegt werde. Der Minister für soziale Verwaltung, Dr. Reich, hat sich über die Grundzüge des in Ausarbeitung befindlichen Gesetzentwurfs über die Altersversicherung der selbständigen Erwerbenden folgendermaßen äußert:

Schon bei Verhandlungsprotokollen des Jahres 1911 bezogen bei Festlegung des Kreises der Invaliditäts- und Altersversicherungspflichtigen Unselbständige wie Selbständige ein. Man ging von dem zweitförmig richtigen Grundlage aus, daß insbesondere die Altersversicherung nicht bloß für die Unselbständigen, sondern ebenso bedeutsam für die Selbständigen sei, von denen der überwiegende Teil dem Arbeitnehmer entspreche. In dieser Zusammensetzung sollte eine finanzielle Gleichheit gebilligt werden, wobei die Unselbständigen Invaliditäts- und Altersversicherung, hingegen die Selbständigen bloß die Altersfürsorge erhalten sollten. Gegen diese Tatsatz der Gesetzgebung wurden von verschiedenen Seiten und aus unterschiedlichen Gründen lebhafte Bedenken geäußert.

Selbst ist es offenkundig, daß sich sehr viele Selbständige nicht schlechter leben als Unselbständige. Der Selbständige mit beobachtetem Einkommen hat wirtschaftlich mehr Sorgen als so mancher Unselbständige, der seine geregelte Renten-, Unfall- und vielleicht sogar eine Invaliden- und Altersfürsorge sichergestellt hat. Wie die wirtschaftlichen Verhältnisse liegen und wie sie voraussichtlich noch durch Jahre bestehen sein werden, ist es für sehr viele kleine selbständige Erwerbende unmöglich, genügend Vorsorge für die Jahre des Alters und der Arbeitsunfähigkeit zu schließen. Dabei spielt hier das Alter eine bedeutsame Rolle als das Invalidwerden. Solange ein Unternehmer auch nur teilweise arbeitsfähig bleibt, kann er noch immer viel leichter seinem Erwerb nachgehen als der Lohnarbeiter. Der Unternehmer kann sich leichter schonen, er wird von seinen heranwachsenden Kindern und vielleicht auch von seiner Frau unterstützt. Das alles ist beim Lohnarbeiter ausgeschlossen. Dabei aber ist eine Invalidität des Selbständigen schwieriger festzustellen als die des Arbeitnehmers, weil der Erwerb des Selbständigen nicht so ausschließlich von der ungebrochenen körperlichen Verfassung abhängt wie beim Lohnarbeiter. Daraus ergeben sich die Folgerungen: die Lohnarbeiterlichkeit bedarf sowohl der Invalidität, als auch der Altersversicherung, die selbständigen Erwerbenden hingegen können der Altersversicherung nicht entrinnen.

Nun die Durchführung dieser Versicherung angesetzt, so wird sie wesentliche Unterschiedenheiten von der Arbeiterversicherung aufweisen: eines über wird beiden gemeinsam bleiben müssen: der Zwang zur Versicherung. Bei den Selbständigen können die Versicherungsbeiträge nicht so erhoben werden wie bei den Lohnarbeitern. Denn während

der Lohnarbeiter seine Bezahlung in regelmäßigen Abständen aufgezehrt erhält, ergeben sich bei den Selbständigen ganz unregelmäßige Seiten des Geldzuflusses (Konjunkturen, Fallgeschäfte), die eben zur Leistung der Beiträge ausgenutzt werden müssen. Bei den Selbständigen werden unregelmäßige, dafür aber dann höhere Beitragssummen am Platze sein, während für die Lohnarbeiter verhältnismäßig gleiche, regelmäßige Beiträge festgelegt werden müssen. Dem Selbständigen soll die Möglichkeit freiwillig erhöhte Zahlungen offen bleiben, wodurch er sich oder seiner Frau eine höhere Rente sichern kann. Es wird sogar zu erwarten sein, daß dem Selbständigen nicht die Möglichkeit offen zu lassen sei, freiwillige Übergabungen in Seiten des Bedarfs wieder an sich ziehen zu können, was natürlich die Zahlungsfreudigkeit bedeutend erhöhen würde.

Darüber allerdings darf man sich keiner Illusion hingeben; ohne Zwang keine wirkliche Versicherung. Weder bei den Lohnarbeitern noch bei den Selbständigen. Tak dieser ganz unerlässliche Zwang das Haupthindernis für die Schaffung einer Altersversicherung der Selbständigen ist, kann nicht beweist werden. Renten möchte bald jemand beziehen. Beiträge zahlen wollen die wenigen. So besteht schon seit der Novelle zur Gewerbeordnung vom 5. Februar 1907 gewisse Sozialversicherungseinrichtungen für selbständige Erwerbende in den sogenannten Meisterkassen, die auch für mehrere Genossenschaften gleichzeitig errichtet werden können. Bei ihnen ist die Verpflichtung, ihre Mitglieder auf Krankengeld, unentgeltliche ärztliche Hilfe und Medikamentenbezug sowie auf Begräbniskosten zu versichern, vorgesehen. Aber diese obligatorischen Meisterkassenkassen sind von den wenigsten Genossenschaften eingeführt worden.

Ortskassen oder Erfsakassen.

Die Verwaltungskosten in der Krankenversicherung.

Von der Pressestelle des Deutschen Nationalen Handlungsbundes-Verein geht uns folgender Aufsatz zu:

In der letzten Zeit haben die Jahresabschlüsse der Kranenkassen der Krankenverschäftsverbände stattgefunden. Gleichzeitig liegen auch zum größten Teil die Jahresberichte der Kranenkassen vor und geben einen Überblick über den Umfang ihrer Tätigkeit. Die Rechnungsergebnisse der Jahresberichte haben eine besondere Bedeutung in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen über die Aenderung der Organisation der Krankenversicherung. Bei den Tagungen der Verbände der Allgemeinen Ortskrankenkassen sind wie in jedem Jahr vorher bei der Behandlung der Frage der Reform der Sozialversicherung Einschätzungen gegen ihren berufständischen Ausbau gefasst worden. Die Einschätzungen sind wiederum damit begründet worden, daß eine Versicherung, die auf die besonderen Interessen der verschiedenartigen Berufe Rücksicht nehme, "mit dem Solidaritätsprinzip unvereinbar sei". Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen glaubt die Bestrebungen nach berufständischem Ausbau der Sozialversicherung, besonders damit abzuwenden, daß er sie als den Wünschen der Reaktion entgegenstehend betrachtet.

In allen Neuerungen gegen die Berufskrankenkassen wird aber der Vorwurf erhoben, die Erfsakassen arbeiten mit wesentlich höheren Verwaltungskosten als die Allgemeinen Ortskrankenkassen. Es werden gerade zurzeit wieder Zahlen von 22 bis 50 Prozent der Gesamtaufgabe als Verwaltungskosten der Erfsakassen angegeben. Gegenüber fol-

genden Darstellungen, die sich zum Teil auf Zahlen aus der Inflationszeit stützen, und somit für Vergleiche werkslos sind, weilen die Jahresberichte der Kassen aus dem Jahre 1924, das mit seien Werten rechnet, aus, daß der Durchschnitt der Verwaltungskosten der Erfsakassen den sich für die Allgemeinen Ortskrankenkassen ergebenden nur um ein geringes überschreitet. Eine Reihe von Allgemeinen Ortskrankenkassen weist sogar höhere Verwaltungskostenhäbe aus als Erfsakassen. Die für die Erfsakassen errechneten durchschnittlichen Verwaltungskosten betragen 12,9 Prozent der Gesamtaufgabe der Kassen, für die Allgemeinen Ortskrankenkassen ergeben sich 14,7 Prozent. Die Würtembergische Krankenkasse zeigt sogar für die Allgemeinen Ortskrankenkassen die keine ärztlichen Mehrleistungen und keine Familienhilfe gewährten, 15,7 Prozent als Verwaltungskostenhäbe. Wenn in Betracht gezogen wird, daß die Allgemeinen Ortskrankenkassen nur für den kleinen Bereich der Gemeinde ihres Sitzes tätig sind, während der Geschäftsbereich der großen Erfsakassen sich über das Gebiet des ganzen Reiches erstreckt, ergibt sich, daß die Verwaltungskosten der Erfsakassen an denen der Allgemeinen Ortskrankenkassen gewis außerordentlich gering sind. Die Berufskrankenkassen bieten dafür ihren Mitgliedern einen für das gesamte Reichsgebiet gleichmäßigen, weitgehenden Versicherungsschutz, der für den häufigen Wechsel von Wohnort wechselseitigen kastenmännischen Angehörigen nicht zu entbehren ist. Gerade die Jahresberichte der Krankenkassen aus dem Jahre 1924 beweisen wieder den Wert der russischen Krankenversicherung.

Vermischtes.

Die Verhaftung des „Schwarzen Johann“.

Seit Wochen wurden die märkischen Dörfer in der Nähe von Rathenow von einer Einbrecherbande heimgesucht. Am 27. August zum Dienstag gelang es Landjägern und Bürgervororten, den Anführer der Bande zwischen den Dörfern Scharluppe und Alten zu verhaften. Es ist der Pole Johann Pachternad, der vor mehreren Jahren seine Flucht in der Elbregion unternommen hatte und dort als „Schwarzer Johann“ bekannt war. Er war dann gesichtet und hatte schließlich in der Gegend von Rathenow eine Bande aus entzweigegangenen Judenbürgern gegründet und die Dörfer heimgesucht. Bei der Verhaftung des Banditen kam es zu einem wilden Schießerei. Alle Einbrecher, fünf an der Zahl, waren mit Fahrzeugen ausgerüstet. Diese ließen sie im Dunkeln und trotzdem einige der Banditen schwer verletzt waren, entkamen die übrigen in den Wäldern, nur Pachternad konnte verhaftet werden. Einer der beteiligten Bürgern erhielt einen Pistolenhagel in die Hand.

Hilfe für das Mansfelder Hochwassergebiet. Der Preußische Staat, die Provinz Sachsen und der Mansfelder Bezirk haben zur Linderung der ersten drückenden Not in den durch das Hochwasser geschädigten Gebieten des Mansfelder Bezirkes insgesamt Mittel in Höhe von rund 45.000 Mark zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um eine erste Hilfe. Verhandlungen über weitere Unterstützungen schwelen.

Ein interessanter Scheidungsprozeß. Die Operettendiva Zari Adab steht mit ihrem Mann dem bekannten ungarischen Schriftsteller Franz Holnar, im Scheidungsprozeß. Der erste Verhandlungstermin ist für den 22. Dezember anberaumt. Der tagende Hatte

Der Geiger vom Birkenhof.

Ein Heideroman von Fritz Ganser.

24. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Wie in alten Tagen wanderten Heinz und Eve am nächsten Morgen über die regengraue Heide nach dem Bergdorf. Ein Stück Hand in Hand, wie sie es als Kinder einst so oft und in Lust getan. Und ein Stück dann wieder, die Hände lösend, im ernsten, bedenklichen Gespräch. Raum wie ein Brautpaar, das sie ja doch nun waren, eher wie zwei gute Freunde, die eine gewichtige Sache zu bereden haben. War's auch nicht ernst und gewichtig genug, was sie bewegte? Daher das zur Hochzeit gerüstete Haus. Der Bräutigam Eves wohl schon ihrerwartend. Und sie hatte sich über Nacht einem anderen angelobt. . . . Der Vater . . . O Himmel, mit ihm würde es einem erregen, die ganze Zukunft endgültig bestimmenden Ausritt geben. . . .

Dazu ihre eigene Sache. Die noch so jung war und so wenig befonnen und verarbeitet im stillen Zurechliegen und Hinthalten. Eve kannte sich noch immer nicht eines leisen Schamgefühls erwehren, wenn sie an die Vorgänge des verschloffenen Abends dachte. Was die ihre Seele bewegende auch alles wahr und echt gewesen? Bestand vieles nicht nur als Einbildung, Täuschung und Lüge? Hatte nur eine plötzlich wach werdende, nicht eingehandene Freiheit vor dem letzten Schritte, dem lange vorbedachten und gewiß vorgenommenen, die vollständige Umwälzung in ihrem Gefühlsleben herbeigeführt?

Sie war ja wohl des gläubigen Vertrauens voll, daß der kleine Anfang eines beflockenden Glücks auf gutem Grunde hinanwachsen würde zu vollerem Blühen, aber sie war davon nicht überzeugt.

Und Heinz: War wirklich alles tot, was ihn einst zu Sabine zog? Und wo zu der Anfang mit Eve? Was war sie ihm? Wehr als nur die wiedergewonnene Kameradin aus Jugendtagen? Auch nur ein geringes Etwas mehr? Und was würde sie ihm werden? Kam er am Ende doch noch hinan, eine neue Liebe im mählichen Erstarken erwachsen zu lassen?

Und wie seine Zukunft überhaupt? Bleib er mit Eve auf der Heide, oder zog er mit ihr in die Welt? War er zur Neuauflösung seiner Kunst nach langem Brüchliegen endgültig gefundet? Es kam und ging, dies fragen, ohne flärende, restlos befriedigende Antwort zu finden.

Es war in beiden Seelen so grau und ungewiß wie das Regenbüstere um sie her auf der herbstlichen Heide. Keins volle Fröhlichkeit, kein austüchtiges Glücksempfinden. Über auch keine niederbildende Trauer, kein verniedigendes Unglücksfeind. Sie gingen über die Heide wie zwei Menschen, die nicht klar sind über sich selbst, aber die es zu werden hoffen. Und die eine starke, gläubige Hoffnung auf Klarheit in ihren Seelen wissen.

Und dann . . . Die Mutter. Allein. Weinend, tausend Sorgen im Sinn. Stundenlanges Warten auf die Heimkehr des Ausbleibenden. Nur Gedanken an den Vermissten. Weiter gar nichts jetzt. Endlich Heinz, der nachtragend in Bruderöde gewesen. Es wäre wohl nicht anders, obwohl es unausdenkbar trostlos und enttäglich sei. Bastian Schnorr habe ihn noch gewarnt. Denn der Nebel ist bis gewesen, wie eine weiße Wand habe er gestanden. Aber . . . Wahrscheinlich ja, ganz gewiß . . . habe das Emsdahler Moor ein gutes Opfer gefordert.

Und nun? — Eve saß mit einem erschütternden Schrei jäh zu Boden, daß sie im dumpfen Fall aufflog. Und der Schrei wiederholte sich. Ein hysterisches Weinen war es zuletzt.

Sie flogte sich als die Mörderin ihres Vaters an. Ihre Schuld wuchs vor ihr auf wie etwas Möchloses, Unflüchtbares. Und all das still, freundliche Blühen des kleinen Glücksfräuleins während der Morgenstunden war unter der stechenden Hitze dieses trostlosen Ereignisses jäh verdorrt. Heinz verlor die beruhigende, stillende Worte. Sie waren alle umsonst gesprochen. „Ich bin eine gewissenlose Mörderin,“ sagte sie nur immer wieder. „O lieber Himmel, es ist furchtbar, was ich getan. Es ist wie eine gähnende, dunkle Tiefe in mir.“

Und Johanna Rieben, selbst wie vernichtet und zerstochen, völlig erschüttert von dem plötzlichen Hingang ihres Mannes, wußte kein Wort, das sie Eve sagen konnte.

Gegen Mittag kam der Knecht der Simmernischen. Ob Eve wieder daheim wäre? Wenn nicht, dann käme der junge Herr heute und nimmer nicht.

Er brauchte auch nicht zu kommen, ließ die Bäuerin sagen, heute und nimmer nicht. Denn der Hochzeitstag sei in einem Sterbetag verkehrt.

Danach bald die ersten Hochzeitsgäste. Es war entschuldigend für Johanna Rieben, an die Wagen zu treten und die samt ihrem Infasschen heimzuschicken: Es sei hier ein Sterbehaus ohne den Toten.

Eve hatte sich längst in ihrer Kammer eingeriegelt. Heinz hockte, dumpf vor sich hinbrütend, in der Wohnküche. Gegen Abend tastete sich die Bäuerin auf zitternden Füßen zu ihm heran und berührte seine Schulter.

„Geh heim, Heinz,“ sagte sie. „Was willst du noch hier? Geh heim und las uns allein. Wir müssen allein fertig werden. Nein, nein, so geh doch!“

Als er nach ein paar Tagen wieder kam, fand er Eve ruhiger und gefästter. Über die Kede schien ihr genommen. Simmerfort nur so saß sie in stummem Starren ihm gegenüber. Kaum eine wortlose Zustimmung oder Verneinung gab sie kund.

Erst als er ging, behielt sie seine Hand in der ihren, sah ihn lange an und sagte zuletzt leise, mit todtraurigen Augen in sein Gesicht starrend: „Komm nicht wieder, Heinz. Das letzte böhme Glück, das noch war, habe ich mit meinem Vater in das Emsdahler Moor gestochen. Es muß aus sein zwischen dir und mir. So geh und komm nicht wieder.“

Er kam doch. Nach langen Wochen. Es war ebenso. Und dann noch einmal nach Monaten, als es schon nach Frühling auf der Heide duschte und die Not des Winters gestorben war. Sie sagte ihm auch diesmal nur das alte. Nur noch dringlicher, entschlossen.

Von dem Tage an blieb er fern. Die neuen Jüden, die sich lose und farr zwischen den beiden Heidehöfen anzupinnen begonnen, waren nun wohl für immer zerstört. Hüben und drüben trug man seine Einsamkeit.

Heinz ließ sie von Woche zu Woche dichterüber sich zusammenwachsen. Die wieder wach gewesenen Gedanken an ein Fortgehen, an ein neues Leben im Lande der Kunst, sanften aufs neue in einen Dornröschenschlaf. Die Geschehnisse des Abends, an dem Eve in seinem Hause gewesen, schrumpften zu traumhaften Bildern zusammen, wurden farblos und bedeutungslos. Und als die lebensfreudige, blühende Pracht des Sommers in das Land kam, als die lichten, weißen Sommerwolken, Segelschiffen gleich, über die Heide zogen, da erwachte stärker denn je das Grinnern an Sabine und kläte die Sehnsucht nach.

nein, sie war nimmer tot! Das Erlebnis mit Eve hatte sie ihm nur noch stärker ins Blut gemischt.

Zu hellen, glühendem Brände lebte sie empor, wenn er auf der Braderöder Höhe weite und seine Geige reden ließ. Oder sie war dann auch wohl wie ein weiches, warmes Gedanken, die Schnucht.

Die Heide ringsum stand in Undacht, wenn Heinz Vater spielte: die ersten, dunklen Bacholderbüschle, die schlanken, zarten Birken lauschten, und das schlichte Kraut am Grunde verspürte ein Zittern seiner feinen Blättchen. Und sie alle aus seiner stillen Gemeinde wispern läßt in gewissem, heiligem Freuen zu: Er bleibt wohl immer der untere, der Geiger vom Birkenhof.

15. Kapitel.

Silke Ruschen lauschte zum anderen Male auf, hatte eine heimliche Angst in den Augen und magte keine Bewegung mehr. Ihre zitternden Finger schlossen sich mit einem krampfhaften Druck um die großen holzernen Stricknadeln, die sie seit dem Nachmittag rastlos klappern ließ, um Winterketten aus der groben Heidschnudenwolle zu fertigen. Ihr grauer, eiger Kopf war scheu zur Seite geneigt, der zahnlose Mund stand leise geöffnet. Und ihr Herz hämmerte hörbare Taft.

Denn das eben von neuem vernommene Geräusch war ganz gewiß durch ein zuges Anklaffen der Tür zur Diele hervorgerufen worden. Der Herbststurm, der um das Haus seinen Abendtanzt hielt, erzeugte solchen Laut nicht. Sein Reden und Söhnen kannte Silke Ruschen sehr genau... Alopste es jetzt nicht auch? An der Tür... Nun wohl gar am Fenster!

Der Stille, bisher so friedsame Sonntagabend, der sie noch ohne Sicht sah, begann plötzlich ein unheimliches Erleben vorzubereiten. Silke Ruschen beschloß, regungslos auf ihrer Oeffnabt hinzuzubleiben. Es war schon so dunkel im Zimmer, daß man ihre Anwesenheit unmöglich bemerkte. Und wenn der draußen Stehende schließlich davon überzeugt war, daß niemand daheim sei, würde er wohl wieder fortgehen.

Der Herr mußte ja ohnehin auch bald kommen. Er war am Morgen nach Lüneburg gereist, um Bücher und Noten zu kaufen, und hatte versprochen, gegen Abend zurück zu sein.

Minutenlang schaute Silke Ruschen, angestrengt lauschend, in die still sinkende Dunkelheit. Nur der laute, strohweile kommende Atem des Windes war zu vernehmen. Er ging durch die Kronen der Birken an den hausgiebeln, daß sie sich seufzend beugten, und rüttelte an den Fenstern. Außer dem behäbigen, schnatrenden Ticken der Wanduhr sonst kein Laut.

Silke Ruschen atmete das auf ihrer Seele lastende Furchten weg. Hatte sie sich vorhin doch getäuscht? Oder war der draußen Einlaßbegrenz schon davon? Nein. Nun wieder ganz gewiß: das zuge Pothen am Fenster. Und dann, als der Abendwind sich für einen kleinen Augenblick verhinaus und eine Stille eintrat, so still, daß man von der Kammer her das rasplende Bohren des Wurmes im Holz vernahm, ein tollendes, schlechtes Schreiten von Füßen unter den Fenstern.

Silke Ruschens Angst, ein Grauen fast, wuchs zu alter Stärke auf. Das Gefühl empfand, hinter ihr, in der Kammer stände schon jemand, der im nächsten Augenblick auf sie zugurzten trachte, erhob sie sich hoch. „Vieher Himmel, erbarme dich mein,“ beteten ihre alten Lippen in plappernder Hast.

Sie glaubte es fühlen, daß ihre Augen verquollen

führt mehr als 50 S. an. Die tatsächliche Varieté-Abstufungen sind im Range. Frau Gedak fordert eine Abstufung von 20.000 Dollars. Der Gatte bietet bloß 15.000.

Der größte Abschluß einer Lebensversicherungs-Gesellschaft. Wie dem "Vorausseiter" aus New York gemeldet wird, hat die amerikanische Prudential Versicherungs-Gesellschaft soeben eine Lebensversicherung in Höhe von 150 Millionen Dollars abgeschlossen. Die Versicherung betrifft 60.000 Angestellte der Louisville and Nashville Eisenbahn-Gesellschaft.

Aus der Geschichte des Apfels. Abgesehen von dem Holzapel, den man auch in Europa der Vorzeit als vorhanden voraussehen darf, stammen die eigentlich genießbaren Apfelsorten nicht aus Europa, sondern wurden aus fernem Landen von den Römern eingeführt und später auch über die Alpen nach Mitteleuropa gebracht. Bei allen Kulturrationen verbreitete sich an diese wertvolle Frucht, die wegen ihrer gesundheitlichen Wirkungen und ihres Wohlgeschmacks von Alters her der Liebling der Völker war. Der griechischen Sage aufsicht geht jener gigantische Kampf um Troja, den Homer in der Ilias beginnt, in letzter Linie auf den verhängnisvollen Apfelsapfel zurück, den Zeus, die Göttin der Zivieracht, aus Zorn, daß sie nicht eingeladen worden war unter die Hochzeitsgäste des Königs Teleus war. Noch bekannter ist natürlich in der christlichen Welt die Geschichte vom Apfelsbaum im Paradiese. Die Germanen hielten den Apfel hoch in Ehren, der Baum stand nach ihrer Ansicht unter dem Schutz der Götter. Eine Art Lebenselixier bildeten in der germanischen Mythologie die Apfeln der Iduna, deren Genuss den Göttern Gesundheit, Lebenskraft und Schönheit erhalten sollten. Auch zu allerhöchster Überzeugung hat der Apfel Amlah gegeben. Da wird es z. B. als schädlich bezeichnet, wenn man am Neujahrstage Apfels ist. Wer es tut, wird so viel Geschwüre bekommen, als er Apfel gegessen hat. Eine etwas bessere Meinung vom Apfel hat der Überzeugung, der ihm eine zerstörende Wirkung auf die Zähne zuschreibt. In manchen Sagen wird das immerhin feste und auffallende Sprossen und Blühen eines Apfelsbaumes im Herbst als ein böses Zeichen betrachtet, das den baldigen Tod des Hausherrn oder eines anderen Haushaltsangehörigen andeutet. Glückliche Vorbedeutung hat es, wenn beim Schälen eines Apfels der abgezähnte Streifen nicht zerreiht. Aufgabe seiner Augenfalle galt der Apfel frisch als Symbol der Vollkommenheit und als Zeichen der Welt. Die Herrscher wählten daher die Gestalt des Apfels mit einem Kreuz darüber als Zeichen der Weltherrschaft.

Das Elend der Varieté-Künstler. Die Tatsache, daß wieder 11 höhere Varieté-Bühnen in den Vororten Londons in Kinos umgewandelt worden sind, beleuchtet schlagartig das Elend und den Niedergang der britischen Varieté-Bühnen. Überall steht die "Bunte Bühne" in einem schweren und ausichtlosen Raum mit dem Kino, dem die Zukunft gehört. Aber nirgends sonst ist die Niederlage des Varietés bereits so offensichtlich wie in Groß-Britannien. Die Not der Varieté-Künstler wird hier noch verschärft durch die gleiche traurige Lage, in der sich Kinderschauspieler und -Schauspielerinnen befinden; eine Absonderung der Varieté-Künstler zum Film, wie sie sonst wohl stattfindet, ist hier unmöglich. Wie der Sekretär der englischen Varieté-Künstler-Vereinigung Mr. Ponson in Londoner Blättern berichtet, zählen 1922 noch 7000 Männer und Frauen Mitgliederbeiträge. Die Zahl ist jetzt auf 3000 herabgegangen. Die Mehrzahl ist arbeitslos und nicht mehr imstande, die Summen aufzubringen.

dass die Aufnahmefähigkeit ihres Ohres wuchs und nichts, nichts mehr ihm entgehen konnte. Und dann vernahm sie auch. Ein Wort, einem siegenden Schrei gleich, eine Unsumme von Dual, Angst und Not in sich schliefend. Ganz gewiß hörte sie es, das eine Wort: „Mutter!“

Da trat Sime Ruchen einen raschen Schritt vor und spürte das gemächliche Verlöschen ihrer Furcht.

Die Stimme eines Weibes war das gewesen. Ein Weib stand draußen. Eine ihres Geschlechts. Keiner, der als Dick oder Räuber kam.

Nicht bedenkend, wenn der Ruf gelten, und aus wessen Munde er kommen möchte, verließ sie den Wohnraum, schlurkte über die völlig dunkle Diele und öffnete die Tür.

Sie neigte sich vor und suchte in der letzten ungewissen Mischung von Finsternis und Licht nach der, die den Ruf getan.

Dort kauerte sie, ihrer Füße wohl nicht mehr mächtig, am Grunde der Hauswand, nicht fern dem weißen Leibe einer der Birken, den Wahrzeichen des Hoses. Ein Bündel umschlossen ihre Arme, es ängstlich hütend. Tief hinabgebogen war ihr Kopf über diesem Bündel.

Sie bemerkte die in der Tür Stehende nicht. Erst als die aufgeregte verwunderte alte ihre Füße hinzulegte und das Geräusch dieses tastenden Schreitens ihrem Ohr kund ward, hob sie den Kopf einen flüchtigen Moment in hastender Scheu, senkte ihn dann noch tiefer hinab, daß die Stirn fast das Bündel berührte und stöhnte, es jähzend über die Lippen pressend: „Mutter, o Gott, Mutter . . . Mutter!“

Sime Ruchen sah, fühlte: Dort sauer das Unglück in Person. Ein warmer Strom des Missfalls quoll durch ihre Seele. So zart und leise es ihre sonst immer rauhe und harfe Stimme zuließ, sagte sie: „Ich bin Eure Mutter nicht . . . Ich bin überhaupt keine Mutter.“

Eine Fremde. Die Zusammengesunkene erkannte das in trauriger Verwirrung und starr hinzustürzender Angst . . . „Wo ist meine Mutter?“

Hier sei gar keine Mutter. Dies wäre der Birkenhof. Sie müsse wohl falsch gegangen sein. Und Sime Ruchen sei längst tot.

„O Himmel, tot?“ Ein herzerreißender Schrei war's.

„Über der Böter, Thom Larsen?“

Auch tot.“

Da war es Sabine Helmers, als stieß sie eine rücksichtslose Hand in einen Abgrund. Sie vermiede zu fallen, zu fallen, immer tiefer und schneller zu fallen, bis sie zerstört wurde und regungslos liegen blieb.

Und ihre unsicher tastenden wie betäubten Gedanken sagten sich vor: Also das Alte ist tot. Das Haus ist in fremden Händen. Der Weg in Reue und Not, in bitterer, sinnender Reue und harter, grausamer Not, war umsonst. So habe dich auf deine Füße, geh davon und stirb mit dem, was hungernd im Bündel ruht. Und sie erhob sich auch.

Sime Ruchen hatte inzwischen das Erinnern gepackt. Sollte das etwa der alten Larsen Tochter sein? Die damals auf und davon gegangen. Vor drei Jahren? Es war doch damals ein Gejagte über die ganze Heide gewesen . . . Ja, es würde schon sein.

„Ihr seid doch die Sabine?“ fragte sie darauf. Die Angekommene sah aus ihrer abgewandten Stellung mit einem so harten Ausdruck heraus, daß aus dem Bündel ein häßliches Blümchen kam.

„In dem barmherziger Himmel, ein Würmchen auch. Und bei dem gräßlichen fallen Wetter . . . So kommt mir schon ins Haus . . . Ich will auch eine Rücksicht

Der Unterhalt der S. Eis-Blätter kostet bei den verhältnismäßig hohen Gagen, die bisher geschahen wurden, zu viel. Man berechnet die wöchentlichen Gehaltszahlungen für ein mittleres Varieté-Theater mit 4000 Pfund, und das läßt sich nur schwer einbringen. Wenn man das Varieté in ein Kino umwandelt, so läßt sich alles sehr viel billiger einrichten. Aber während etliche Künstler am Varieté die Gehälter bekommen, wandert das Geld beim Kino an die amerikanischen Filmfabriken, die den allergrößten Teil des Programms bestreiten. Viele führt eine große Reihe von Beispielen an, bei denen Varieté-Künstler, die früher berühmt waren und Gehälter bis zu 4000 Mark die Woche besogen, arbeitslos sind und die bitterste Not leiden. „Ich hörte gestern“ erzählt er, „von einem weltbekannten Schauspieler, der wegen seines ‚Stechs‘ am Varieté berühmt war und der jetzt keine Stellung mehr finden kann. Ich hörte von einem hervorragenden Bauchredner, der vor wenigen Jahren die besten Engagements hatte und jetzt vergebens von einer Agentur zur andern läuft. Glücklicherweise interessiert sich das Ausland mehr für englische Varieté-Künstler als die Heimat. Besonders Amerika nimmt eine ganze Menge von „Spezialitäten“ auf, besonders akrobatische Nummern, Boger, Eccentric-Clowns und musikalische Clowns mit neuen Triks. Diese Künstler werden in den Vereinigten Staaten vorzüglich bezahlt, aber es bleibt doch noch genug übrig, die hier im Lande verbürgern. Die Großfirma Middlesex hat ein gutes Beispiel gegeben, indem sie sich mit der Varieté-Künstler-Vereinigung ins Einvernehmen setzte und in den verschiedenen Kinos der Großfirma für Aufnahme von Varieté-Nummern sorgt. Wenn es gelingt, in größerem Umfang diese Sitte einzubürgern, dann würde unsern Künstler sehr geholfen sein, und auch die Kinos würden durch die Reichhaltigkeit und Abwechslung des Programms bessere Geschäfte machen.

Der Stocknagel — eine Touristenfrankheit. Vor etwa zwei Jahren brachte eine Riesengebirgsbaude ein Gedächtnisstück aus gestanztem Blech mit dem Bild der Hütte heraus. Die Metallwarenindustrie griff das dankbar auf und jede Gaststätte im Riesengebirge, jede Baude, hatte bald ihren eigenen Stocknagel, wie sie ehemals ihre Ansichtskarten, Streichholzsäckchen mit „Erinnerung . . .“ u. dgl. befahl. Und bei der Überfülle der Gaststätten ist bald der Stock des Riesengebirgswanders mit solchen Stocknägeln über und über befestigt und der glückliche Besitzer eines solchen Stödes trägt ihn stolz und würdevoll herum und bemühtet jeden, der es auf weniger Stocknägeln gebracht hat. Damit aber auch der Ungezähmte nicht fehle, sieht man Autofahrer, bei denen im Polster der Wanderstab mit den Stocknägeln sich prächtig breit macht.

Der König von Siam gegen die europäischen Frauen. Der König von Siam hat eine Warnung an die in England studierenden siamesischen Studenten ergeben lassen, auf keinen Fall europäische Frauen zu betrachten. Der König von Siam, der selbst in England studiert hat, erklärt, daß in einer Reihe von Fällen sich gezeigt habe, daß solche Frauen auf die Dauer nicht glücklich seien. Die Lebensbedingungen in Siam seien vollkommen verschieden von denen in Europa, und eine europäische Frau habe in der Regel den starken Wunsch, ihr Heimatland sehr häufig zu besuchen. Der König warnt die siamesischen Studenten, ihrer eigenen Kräfte zu entsagen.



Neubestellungen

auf das Nieser Tageblatt zum Bezug auf September 1922

nehmen jederzeit entgegen für
Höberlein: C. Lange, Höberau, Grundstr. 14
Glaubig-Sagerin: A. Möhl, Gladewitz Nr. 11
Göhlis: J. verw. Schreier, Nr. 54 b
Groß: A. verw. Niedel, Klecktr. 1
Gröbel: P. Cieslak, Langenberg Nr. 17
Göllis: B. Steinberg, Paustik Nr. 8
Langenberg: P. Cieslak, Schulmachermeister, Nr. 17
Leutewig bei Niesa: A. Hammisch, Nr. 3
Mergendorf: J. Straube, Poppitz Nr. 14 d
Moris: P. Cieslak, Langenberg Nr. 17
Richter: B. Steinberg, Paustik Nr. 8
Rünzsch: M. Schwarze, Nr. 41
Paustik: M. Schwarze, Döllig Nr. 41
Poppitz bei Niesa: J. Straube, Nr. 14 b
Rademich: A. Möhl, Nr. 11
Niesa: Alle Zeitungsträger und zur Vermittlung an diese die Tagesschafft-Geschäftsstelle Goethestr. 59 (Telefon Nr. 20)
Höberau: M. Schöne, Grundstr. 16
Seehausen: B. Steinberg, Paustik Nr. 8
Weida (Alt): R. Schulte, Döbelner Str. 20
Weida (Neu): D. Wachtel, Grenzstr. 13
Zeithain-Dorf: S. Sandholz, Nr. 46 g
Zeithain-Lager: Richard Schönig, Buchhändler

aus dem Boden vor ihr ausgewachsenen Körpers rückte die Aufmerksamkeit Sabines zurecht. Sie stutzte, einen leisen Schrei austößend, und blieb zitternd stehen.

Auch Heinz fühlte seinen Körper von einem ihn überrieselnden Erzittern geschüttelt . . . Dieser Schrei . . . und der Klang der Stimme, die diesen Klang gesformt. War er von Sinnen, den Gedanken weiter zu erwägen, der ihn soeben durchtrieben? Diesen Gedanken des Wahnsinns! Er bemühte sich, das ruhige Überlegen zu finden, eine Täuschung erlebt zu haben, als ein wehes Wimpern an sein Ohr drang. Das wehe Wimpern eines Kindes. Da kam das Erzittern zurück. Er konnte nicht anders, er mußte fragen: „Wohin so spät über die Heide?“

„O Gott,“ betete Sabine Helmers Herz in wahnwütiger Angst, „o Gott, er ist.“ Sie riss sie dem Schwinden nahe Kraft zusammen und wollte stumm hinweg.

Sie tat auch einen Schritt. Einen taumelnden. Versuchte einen zweiten . . . Ihn vermochte sie nicht mehr.

„O lieber Himmel, Heinz!“ ging es gellend über ihre Lippen, während sie krastlos zu Boden sank.

„Also doch! Also doch!“ bebten Heinz Larsens zuckende Gedanken. „Also doch!“ — Immer wieder. Das Vermögen, etwas anderes zu denken, schien ihm verloren gegangen.

Zu fragen, irgend etwas zu sprechen vermochte er jetzt nicht.

Er beugte sich zu ihr hinab, kniete dann neben ihr nieder und starnte in ihr Gesicht, als sei es ihm eine Unmöglichkeit, der Wahrheit dieses Erledisses Glauben zu schenken.

Sie empfand die Nähe seiner Augen, den Jagenden Blick seines Mundes als eine nicht auszublentende Pein. Die seinem Körper entströmende Wärme deutete sie der Indifferenz aller Willen.

„Habe Erdarmen, Helga.“ Reichte sie flammend, „geh, las mich allein. Ich sterbe, wenn du mich noch länger so ansiehst. Deine Blicke sind wie schwere Messer. Ich mich hinweg!“

Sie stieß heftig die letzten Worte und verfuhr sich zu erheben.

Heinz hatte die Höhe der Erschütterung überwunden. Sei nur keine Frage, sein Forchten, sein Grübeln. Sei galt es nur, sie zum Abhebenkommen zu bewegen.

Er sprang auf und bat ihr zum Emporkommen die helfende Hand, redete gütig auf sie ein und fragte sie: „Kunst wollen wir nach Hause geben.“

Sie ließ den Kopf hart auf die Brust fallen. „So darf nicht über die Schwelle deines Hauses gehen. So darf nicht.“

„Es ist auch dein Haus, Sabine.“

Er legte seinen Arm um ihre Schulter. „So tuigen das jetzt alles,“ bat er freundlich, wie man zu einem traurigen Kind spricht. „Wir haben schon noch davon. Nur jetzt nicht. So komm nur. Wir sind bald heim.“

Eine milde, grenzenlose Willenslosigkeit kam zwischen ihr und, sie sentte sich in ihre Seele, wie die Blüte des Winters auf die Erde läßt, so weich und still und süß. Sie bullebte es ohne Sträuben, ohne einen Hauch der Widerrede, daß er ihr das Bündel mit dem Kinde abnahm. Sie ließ es geschehen, daß er seinem Kind in den Wisskopf und sie langsam und sorgfend läßt.

Er sprach nicht mehr. Er wußte, daß sein Sprachlosigkeit Dual machen müsse, daß ihr singendes Verkörpern nach Ruhe und Stille trautete.

Endlich folgt.